Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 563. Mittag-Ausgabe. Dreiundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 30. November 1872.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

11. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (29. Novbr.)

12 Uhr. Am Ministertische der Justizminister mit mehreren Commissarien.

Präsident v. Forckenbeck theilt dem Hause mit, daß der Abg. Goeddertz heute Früh an den Folgen eines Gehirnschlages verschieden ist. Das Haus erhebt sich, um das Andenken des Verstorbenen, der in früheren Jahren einen Wahlkreis des Regierungs-Bezirkes Koblenz und zuletzt den 4. Kölner Wahlkreis vertrat, zu ehren.

Der Abg. Eberhard (6. Oppelner Wahlkreis) erklärt, daß er bei der namentlichen Abstimmung über die Kreisordnung im Hause anwesend gewesen ist und mit Ja gestimmt hat, während er in der officiellen Namensliste als fehlend aufgeführt ist.

Die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verpflichtung zum Halten der Gesetzsammlung und der Amtsblätter, eröffnet Abg. Virchow: mit der Wiederaufnahme des Antrages die dritte Lesung bis zur Annahme der Kreisordnung im Herrenhause auszusetzen, mit welcher der Entwurf im engsten Zusammenhange steht.

Reg.-Commiss. Böttticher: Die Voraussetzung, die Verpflichtung zum Halten der öffentlichen Publicationsorgane werde durch die Emanation der neuen Kreisordnung wesentlich alterirt werden, sei nicht zutreffend. Die Vorlage harmonire durchaus mit den Bestimmungen der neuen Kreisordnung, insbesondere sei die Verpflichtung der Communalverbände zum Halten der öffentlichen Publicationsorgane unter allen Umständen festzuhalten. — Dieser Auffassung treten v. Behr, Dr. Bähr und v. Bonin entgegen, worauf das Haus die Aussetzung der weiteren Berathung mit großer Majorität beschließt.

Ohne Discussion passiren der Gesetz-Entwurf betreffend die Aufhebung der in der Provinz Hannover bestehenden Vorkaufs-, Näher- und Retractrechte die dritte, der Gesetz-Entwurf betreffend die Aufhebung und Ablösung der auf das Abdeckereigewerbe bezüglichen Berechtigungen die erste und zweite Lesung.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten.

Abg. Eberty macht gegen die Vorlage geltend, daß die Rangabstufungen bei den einzelnen Beamtenkategorien zu weit ausgedehnt und die Differenz zwischen den einzelnen Sätzen nicht zu rechtfertigen sei. Weitere Bedenken rege der § 3 an, sofern die nicht etatsmäßig angestellten Beamten hinsichtlich der Tagegelder der Willkür der vorgesetzten Behörde ausgesetzt seien. Assessoren, welche etatsmäßige Räthe vertreten, bezögen eine Entschädigung von 40 bis 60 Thalern monatlich; für 40 Thaler arbeite heut zu Tage kein Maurergeselle mehr. Die Beseitigung solcher Uebelstände sei nicht so einfach und lasse sich nur in einer Commission erörtern.

Abg. v. Bonin fragt, ob die Staatsregierung nun auch daran denke, die Tagegelder und Reisekosten der Abgeordneten im Einklang mit den für die Staatsbeamten beantragten Entschädigungen zu setzen; eventuell würde bei der Budgetberathung auf diesen Gegenstand zurückzukommen sein.

Abg. Windthorst (Dortmund) hält die Vorlage für einen mißlungenen Versuch zur Beseitigung eines unbestrittenen Bedürfnisses. Seine Bedenken richten sich vorzüglich gegen § 2, der dem Verwaltungschef die Befugniß zur Erhöhung der Entschädigung in Ausnahmefällen einräumt, und gegen § 12 (Aufrechterhaltung der Vorschriften über Entschädigung der Beamten für einzelne Dienstzweige und Dienstgeschäfte) von vornherein gegen das Hauptprinzip des Gesetzes Verwahrung einzulegen. Der hier getroffenen Abstufung der Beamtenkategorien liege die alte preußische Rangordnung vom 7. Februar 1817 zu Grunde, die heute nur ein „Märchen aus alter Zeit" sei und an die Paschas von drei Roßschweifen oder an die chinesischen Mandarinen erinnere. Hinsichtlich der Tagegelder ständen die Abgeordneten auf einer Stufe mit den Subalternbeamten der Provinzialbehörden. Zu seinem nicht geringen Erstaunen sei ihm jüngst von einigen Fr[illegible]den mitgetheilt worden, daß die Abgeordneten coursfähig seien; es würde beim Hofmarschallamt wohl schwere Bedenken erregen, wenn es sich damit eingehender zu beschäftigen hätte. Für ernsthafte Männer sei dergleichen natürlich ohne Werth. Bei der Abstufung der vorgeschlagenen Sätze müsse man andere Unterscheidungen der Kategorien treffen: Aus Titel und Rang materielle Vortheile ziehen, sei sehr bedenklich. Nothwendigerweise sollten die Motive der einzelnen Dienstreisen geprüft werden; es werde von Beamten viel zu viel gereist (Zustimmung links) und es fehle jeder Anhalt für die Kosten, welche dies dem Staate verursache. Eine Commissions-Berathung sei daher absolut nothwendig.

Abg. Eberhard wünscht die Beseitigung der für die Revisionsreisen der Kreis-Gerichts-Directoren ausgesetzten Pauschquanta. Er stellt einen dahin gehenden Antrag, den der Präsident jedoch mit dem Bemerken zurückweist, daß es unzulässig sei, bei der ersten Lesung Amendements einzubringen.

Abg. Heise dankt der Regierung, daß sie mit der Vorlage der von ihm ausgegangenen Anregung so rasch nachgekommen ist. Die Klassifizirung entspreche vollkommen den preußischen Traditionen. Gleichzeitig sei eine gesetzliche Regulirung der Umzugs- und Versetzungskosten zu wünschen, welche er bereits in der vorigen Session angeregt habe und deren Vorarbeiten nicht complicirter, als die des heutigen Entwurfs seien. Für die Militärverwaltung sei die Frage längst in befriedigender Weise gelöst.

Der Finanzminister: Der letzte vom Vorredner angeregte Punkt sei bisher durch Regulativ geordnet worden, und werde in Zukunft zweckmäßig ebenso verfahren werden. Am besten werde die gegenwärtige Vorlage gefördert, wenn man ausschließlich die in ihr enthaltenen Materien ins Auge fasse. Die schon in den Zeitungen angeregte Frage der Erhöhung der Abgeordneten-Diäten solle nach der wohl überlegten Absicht der Regierung im heutigen Entwurfe nicht zum Austrage kommen. Im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes sei es wünschenswerth, keine fremde Materien in dasselbe hineinzutragen.

Abg. Reichensperger (Koblenz): Für die Commissionsberathung spricht noch die nothwendige Beseitigung einer unschönen und nicht berechtigten Eigenthümlichkeit der Rheinprovinz. Bei Dienstreisen richterlicher Personen, z. B. zum Zwecke von Zeugenvernehmungen müssen die Beamten während der Reise von den Parteien ernährt werden, welche sofort zu bezahlen haben, was der Richter verzehrt. Es ist das eine harte Probe für die richterliche Delicatesse, und es sind mir auch häufig Fälle vorgekommen, wo nur der Richter die Hälfte des Verzehrten in Anrechnung gebracht hat, um von den Parteien keine spitze Bemerkungen über überflüssig Verzehrtes, besonders an Wein, zu hören. (Große Heiterkeit.) Oft kommt es auch vor, daß die Parteien nicht genug Geld bei sich haben, weil der Eine sich immer auf den Andern verließ. (Heiterkeit.) Möge die Commission auch diesen Punkt ins Auge fassen! Ich hätte eigentlich auch Bestimmungen über die Gebührensätze der mittelbaren Staatsbeamten, der Communalbeamten, in der Vorlage zu finden gewünscht, auch das ließe sich leicht in der Commission erreichen.

Der Justizminister: Ich bekenne, daß mir die von Herrn Reichensperger vorgetragene Thatsache bisher nicht bekannt war. Dieser Zustand in der Rheinprovinz ist in der That kein erfreulicher und ich werde mich freuen, wenn ich Ihnen einen Gesetzentwurf vorlegen kann, der Ihren Beifall hat. In dieser Vorlage die Sache zu berücksichtigen, halte ich indessen, da es sich um Leistungen der prozessirenden Parteien handelt, nicht für angezeigt.

Abg. Berger (Witten): Für die Erhöhung der Diäten der Mitglieder dieses Hauses zu wirken, diese Pflicht liegt sowohl der Riegierung als auch uns im Interesse unserer Nachfolger ob, denn ich halte es für selbstverständlich, daß unser Beschluß nicht uns selbst zu Gute kommen, sondern erst für die nächste Legislaturperiode wirksam werden darf. Art. 85 der Verfassung bestimmt: „Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft." Daraus folgt, daß nach der Absicht der Verfassung die Diäten auskömmliche sein sollen. In den seitdem verflossenen 22 Jahren ist kein Diätengesetz trotz mehrfacher Erinnerungen dieses Hauses zu Stande gekommen. In den Jahren 1863—69 wurden sogar Stellvertretungskosten von den Abgeordneten eingezogen.

Es ist das Verdienst des Abg. v. Bonin und seiner seit 1866 sessionsweise wiederkehrenden Anträge, daß endlich 1869 diese Stellvertretungskosten vom Staate übernommen wurden. Dies hat vielleicht das Mißfallen des anderen gesetzgebenden Factors erregt; es war bisher Sache des Anstandes gewesen, Fragen, die lediglich den einen Factor betrafen, auch diesem allein zu überlassen. Die Herren an der anderen Ecke der Leipziger Straße scheinen indessen anderer Meinung zu sein. Kaum hatte die Regierung im Sinne des Bonin'schen Antrages entschieden, so faßte die Budget-Commission des Herrenhauses mit großer Majorität den Beschluß: 1) die Regierung zur Einbringung eines Diätengesetzes für die zweite Kammer aufzufordern und 2) bis dahin die Diäten fortfallen zu lassen. Das Plenum des Hauses, welches klüger war, als die sehr echauffirten Commissionsmitglieder, lehnte mit schwacher Majorität den zweiten Antrag ab. Die Regierung hätte nun sehr wohl gethan, den Artikel 85 früher zur Ausführung zu bringen, die Würde dieses Hauses wäre alsdann nicht durch den Beschluß des anderen gesetzgebenden Factors engagirt worden sein. Die Gesetzesvorlage ist um so einfacher, als die erforderlichen Gelder unzweifelhaft aus Staatsfonds zu entnehmen wären. (Beifall.)

Abg. v. d. Goltz-Dramburg möchte der zu wählenden Commission besonders anheimgeben, die Sätze für die Beamten der unteren Kategorien zu erhöhen. Es mag wohl noch heute einzelne Gegenden geben, wo die betreffenden Beamten bei den hier ausgeworfenen Reisesätzen noch gute Geschäfte machen, im Allgemeinen aber sind sie durchaus ungenügend.

Abg. v. Gottberg: Die Nothwendigkeit der Erhöhung der Diäten für die Abgeordneten kann ich nicht anerkennen. Wenn von diesem Hause beschlossen worden ist, daß die Reichstagsbeamten gar keine Diäten bekommen sollen, so darf eben dieses Haus nicht seine eigenen Diäten noch zu erhöhen beschließen. Der Diätensatz von 3 Thlr. ist für die Mitglieder dieses Hauses vollständig auskömmlich (Widerspruch links), und es ist sehr schwer, einen höheren Satz zu begründen: welchen bestimmten höheren wollen Sie denn festsetzen? Ich will den Beschluß der Herrenhauscommission in dieser Frage nicht vertheidigen. Der gegenwärtige Satz besteht einmal und mag bestehen bleiben, bis das von der Verfassung in Aussicht gestellte Gesetz erlassen ist.

Die erste Berathung des Entwurfs schließt mit seiner Ueberweisung an die Budgetcommission.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Erbschaftssteuer.

Abg. Windthorst (Dortmund) beantragt Verweisung der Vorlage an eine Commission. Er habe mancherlei Bedenken gegen dieselbe, durchaus stimme er zwar bei, daß die Besteuerung der Erbschaft der Ehegatten aufhöre, aber daß darum die Descendenten der Geschwister anders als die Geschwister behandelt und besteuert würden, könne er nicht billigen. Dann aber müsse er sich auch dagegen erklären, daß die Kirche und Religionsgesellschaften von der Steuer befreit sein sollen, er gebe zu, daß diese Frage eine streitige sei, aber wenn man einmal Religionsgesellschaften von der Erbschaftssteuer befreie, ihnen also ein Privileg ertheile, so möge man auch bei der Ertheilung von Corporationsrechten an dieselben nicht mehr von kleinlichen Gesichtspunkten ausgehen.

Abg. v. Behr kann der Vorlage seinen Beifall nicht versagen, wünscht, daß sie bald zum Gesetz werde, aber nur kurze Lebensdauer habe, um zum Reichsgesetze erhoben zu werden. Denn die Art der Erbschaftsbesteuerung sei in Deutschland zu ungleich. In manchem Lande betrage sie 5 Procent, in manchem sei gar keine eingeführt. Die Länder letzterer Art wolle er aus Rücksicht auf den Finanzminister nicht nennen, weil dann vielleicht die Auswanderung der Steuerpflichtigen gar zu sehr wachsen würde.

Finanzminister Camphausen: Als der erste Redner ankündigte, daß er sich gegen den Gesetzentwurf aussprechen werde, war ich einigermaßen verwundert, von ihm eine ganze Aufzählung der Vorzüge zu hören, die der Gesetzentwurf mit sich bringen würde, wenn er zum Gesetz erhoben würde. Es ergab sich dann, daß die Bereitwilligkeit besteht, den Steuererlaß zu acceptiren, dagegen die Abneigung einen Ersatz zu gewähren. Ich hoffe, daß man in der Commission bereitwillig sein wird, auf der einen Seite zu geben, auf der andern zu nehmen. Was die Wünsche des Herrn Vorredners betrifft, so möchte ich ein Wort wiederholen, was ich in diesem Hause bei einem andern Anlaß gesprochen habe: Wenn es auf diese Wünsche ankommt, stelle ich mich auf seine Seite, soweit es den vorliegenden Gesetzentwurf betrifft. Es ist in der Staatsregierung nicht unerwogen geblieben, daß mit diesem Gesetze wesentliche Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, um die Erbschaftssteuer zu einer Steuer des ganzen Reiches machen zu können. Für die Stempelsteuer im Allgemeinen würde dies zur Zeit nicht möglich sein. Die Frage hat mich von Anfang meiner ministeriellen Laufbahn beschäftigt und ich habe mir sagen müssen, so lange nicht eine neue Gerichtsorganisation eingeführt ist, ist die Uebertragung sämmtlicher Stempelabgaben auf das Reich eine Unmöglichkeit. Meiner Ansicht nach darf, wenn wir überhaupt dazu gelangen, größere Reformen in dieser Beziehung herbeizuführen, es nur die Aufgabe sein, alle diejenigen Stempel, die auf Handel und Verkehr lasten, zu Reichsabgaben zu machen, und als eine fernere Stempelsteuer, die sehr wohl zu einer gemeinschaftlichen Reichssteuer gemacht werden könnte, würde ich die Erbschaftssteuer betrachten können. Neben den anderweiten Vorzügen dieses Gesetzentwurfes ist dies einer der wichtigsten, daß er die Hindernisse aus dem Wege räumt, die der Verallgemeinerung der Erbschaftssteuer im Wege stehen.

Abg. Richter spricht bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß auch die Zeitungen endlich von den Stempelabgaben befreit würden. Den Erbschaftsstempel hält Redner für eine Fortsetzung der Einkommensteuer. Er wünscht, daß ein Reichseinkommen-Steuergesetz erlassen werde und damit im Zusammenhang auch das Gesetz über den Erbschaftsstempel ein Reichsgesetz werde. Auch er ist für die Abschaffung der Steuer von Ehegatten, aber er glaubt, daß dieser Ausfall anders zu ersetzen sei als durch die Belastung der Geschwisterkinder. Vor Allem dürfe das Vermögen, welches in den Besitz der todten Hand übergehe, nicht frei von der Erbschaftssteuer sein; denn dieses entziehe sich dauernd dem Verkehr und der Besteuerung. Alles Vermögen der todten Hand widerspreche dem Princip des persönlichen Eigenthums, und wenn es allzusehr wachse, könne es leicht die Grundlagen unserer gesellschaftlichen Zustände erschüttern. Er sei um so mehr dagegen, daß Vermächtnisse an die Kirche stempelfrei sein sollen, weil unter „Kirche" nur die römisch-katholische, evangelische und jüdische verstanden sei. Anderen Religionsgesellschaften wäre es bisher unmöglich gewesen, Corporationsrechte zu erlangen. Hätte nun die christliche, und besonders die katholische Kirche eine lokale, repräsentative Verfassung mit allgemeinem Wahlrecht wie die jüdische, dann hätte man auch Garantien dafür, daß die Vermächtnisse immer dem Zeitgeiste entsprechende Verwendung finden würden. Da dies nicht der Fall, müsse man fürchten und sehe es auch bestätigt, daß sie nur zu hierarchischen Zwecken verwendet werden. Er sei durchaus gegen Ausnahmegesetze. Statt Polizeigesetze gegen den Mißbrauch von Privilegien zu erlassen, möge man lieber die Privilegien selbst abschaffen.

Abg. Glaser erkennt ebenfalls an, daß das Gesetz zweckmäßig ist; es führe einen Schritt weiter auf dem Wege, das Abgabenwesen zu reformiren. Er billige besonders, daß die Erbschaftssteuer der Ehegatten abgeschafft werde, sehe aber eine große Härte in der Einführung des Erbschaftsstempels für die Descendenten der Geschwister. Diese Vorschrift sei eine Härte, wie die ganze Erbschaftsbesteuerung, welche überhaupt nur aus demselben Princip abzuleiten sei, welche das Erbrecht ganz abschaffen will. Demnach sei er vor Allem dafür, daß die Besteuerung der Descendenten der Geschwister aufhöre. — Auch er wolle die Vorlage an eine Commission verwiesen wissen.

Die Vorlage wird darauf an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes betr. das zur Eheschließung erforderliche Lebensalter. Bei männlichen Personen soll das vollendete achtzehnte, bei weiblichen das vollende vierzehnte Lebensjahr erforderlich sein.

Abg. Baehr (Kassel): Von einem doppelten Standpunkte kann man bei der Bestimmung des zur Eheschließung erforderlichen Lebensalters ausgehen. Entweder man fordert nur die Reife zur Erfüllung der physischen Zwecke, oder man sieht die Ehe als eine Institution an, welche die Familie begründen soll, das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft. Von letzterem Standpunkte aus wird man das Lebensalter relativ höher bestimmen. Die Ehe als bloße Zeugungsanstalt anzusehen, ist mir ein widerwärtiger Standpunkt. Für den Mann muß man die moralische Reife, die für die bürgerliche Selbstständigkeit gefordert wird, die Volljährigkeit fordern. Für das weibliche Geschlecht darf kein niedrigeres Alter als das 16. Lebensjahr gefordert werden. Als Kind darf das Mädchen nicht in die Ehe treten; zu 14 Jahren ist es aber noch Kind.

Abg. Peltzer: Das Bedürfniß nach einer einheitlichen Rechtsgestaltung in unserem Vaterlande ist sicherlich da, aber bei Realisirung derselben ist um so mehr zu prüfen, ob die Bestimmungen mit den Verhältnissen des Lebens harmoniren. Das ist in der Vorlage nicht der Fall. Wenn Männer von 18 Jahren in die Ehe treten, haben sie noch nicht einmal ihrer Militärpflicht genügt. — Die Eheschließung scheint mir unendlich wichtiger, als alle anderen civilrechtlichen Handlungen. Einen Wechsel wollen Sie einen achtzehnjährigen Menschen nicht acceptiren lassen, aber Erlaubniß zur Eheschließung wollen Sie ihm geben. Der Standpunkt ist unhaltbar. Mindestens muß, wer eine Ehe schließen will, freien Willen haben; den hat weder ein achtzehnjähriger Jüngling noch ein vierzehnjähriges Mädchen.

Justizminister Leonhardt: Ich habe nicht geglaubt, daß dieser kleine Gesetzentwurf in dem hohen Hause Widerspruch erfahren würde. Da dies doch geschehen, will ich mich dahin erklären, daß ich diesem Gesetzentwurf gegenüber auf einem rein praktischen Standpunkt stehe. Als es sich darum handelte, die Consuln zu instruiren, welche Erfordernisse nach dem Landrechte nöthig seien, um eine Eheschließung vornehmen zu können, wußte man im Justizministerium nicht, was denn in dieser Beziehung Rechtens sei. Leider geht das sehr häufig so, daß man in der obersten Justizverwaltung nicht weiß, was Rechtens ist; das kann auch gar nicht anders sein. Da wurde dann bei den verschiedenen Behörden angefragt, was bei ihnen Rechtens sei in Betreff des Lebensalters, als eines Erfordernisses für Schließung der Ehe. Es stellte sich darauf eine solche Mannigfaltigkeit des Rechtes heraus, die uns in großes Staunen versetzte. Das gemeine Recht hat das Erforderniß der Mündigkeit, also bei Männern das Alter von 18, bei Weibern von 12 Jahren.

Das ist eine Bestimmung, die aber selbstverständlich den Anschauungen und Sitten Deutschlands widerspricht. Im rheinischen Recht ist der Zeitpunkt nicht erheblich abweichend bestimmt, er unterscheidet sich nur insofern, als noch eine Menge kleinlicher Rechtsformen bestehen. Von einigem Interesse ist es, daß in einer Provinz in den verschiedenen Kreisen nicht weniger als 8 verschiedene Lokalrechte existiren. Es liegt doch in der That nahe, daß bei dieser Sachlage abgeholfen werden muß. Außerdem ist es wünschenswerth, daß man den Consuln sagen kann, das und das ist Rechtens. Von diesem practischen Standpunkte aus sind wir dahin gekommen, eine Einheit des Rechtes festzustellen, was ja auch theoretisch ganz wünschenswerth ist. Ich bin davon ausgegangen, daß man ein bestimmtes Alter für die ganze Monarchie festsetze. Wollen Sie statt 14 Jahr 15 setzen, so habe ich an sich gar nichts dagegen, nur möchte ich Sie bitten, lassen Sie keine Dispensationen zu, sie sind unangenehm. Es kann für den, der sie erbittet, sehr wünschenswerth sein, aber für den, der sie ertheilen soll, sind sie unerträgliche Dinge. Also haben wir geglaubt, bei 18 und 14 Jahren stehen bleiben zu können, wie sie schon im Landrecht festgestellt waren, ohne Uebelstände herbeizuführen. Eine andere Bedeutung hätte der Gesetzentwurf, wenn daraus hergeleitet werden könnte, daß nun Jeder, der 18 Jahr alt ist, in die Ehe eintreten mußte.

Unter dieser Voraussetzung würde die Bemerkung des Abg. Baehr ihre volle Berechtigung haben. Aber in diesem Alter möchte mancher heirathen, aber er kann es nicht; da kommt noch die Genehmigung der Eltern bezw. der Vormünder hinzu, und wenn diese auch zu erringen wäre, so kann er es doch nicht aus anderen kleineren oder größeren Erfordernissen, die zur Eheschließung erforderlich sind. Ich glaube, Sie können ohne Bedenken dem Gesetzentwurf Ihren Beifall schenken, denn es wird nur dasjenige für die ganze Monarchie hergestellt, was größtentheils schon seit 70 Jahren Rechtens gewesen ist.

Abg. Baehr (Kassel) stellt darauf in der zweiten Lesung, in welche das Haus nach der Rede des Justizministers eintritt, den Antrag, den Gesetzentwurf so zu fassen, daß den männlichen Personen das 21., den weiblichen das 16. vollendete Lebensjahr zur Eheschließung erfordert wird. Aus erheblichen Gründen solle ausnahmsweise das 18., resp. 14. Lebensjahr genügen. Dieser Antrag wird abgelehnt, und die Regierungs-Vorlage angenommen.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung Dinstag 11 Uhr. (Staatshaushalts-Etat pro 1873. Dotationen der Provinzialverbände. Rechenschaftsbericht über die Beihilfen an Angehörige der Landwehr und Reserve.)

Berlin, 29. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem emeritirten Pastor Stieglitz zu Grünhof bei Stettin und dem Landes-Secretair Taetzelt zu Lübben den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Schiffseigner Wilhelm Heuer zu Schnackenburg, Amts Gartow, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Landrath des Kreises Randow, Hans Otto Stavenhagen in Stettin, zum Regierungs-Rathe ernannt.

Der bei dem Königlichen Polizei-Präsidium hierselbst angestellte Regierungs- und Bau-Rath Aßmann ist in gleicher Eigenschaft an das Regierungs-Collegium zu Cassel versetzt worden. Der bisherige Königliche Bau-Inspector August Ferdinand Klein in Breslau ist zum Königlichen Ober-Bau-Inspector ernannt und als solcher dem Collegium der Königlichen Regierung zu Oppeln überwiesen worden. — Der Regierungs- und Schul-Rath Wetzel in Stettin ist an das Provinzial-Collegium zu Berlin versetzt worden. Der Regierungs- und Schul-Rath Dr. Königk zu Magdeburg ist in gleicher Eigenschaft an die Königliche Regierung in Stettin versetzt worden. Der Departements-Thierarzt und Veterinär-Assessor Dr. Richter in Königsberg ist zum Lector der Thierheilkunde an der Universität daselbst ernannt worden. — Die Catastet-Controleure Bugisch in Darkehmen, Zielewski in Pr.-Stargardt, Koch in Guben, Schäfer in Sorau, Haelschner in Sagan, Meyenburg in Stendal, Kükenthal in Weißenfels, Schrecker in Torgau, Burchard in Nordhausen sind zu Steuer-Inspectoren ernannt.

Berlin, 29. November. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute Vormittag den Polizei-Präsidenten.

Um 1½ Uhr gewährten Allerhöchstdieselben dem Gesandten von Haiti, General Brice, alsdann dem Minister-Residenten von Costa-Rica, Geh. Justiz-Rath Borchardt, und schließlich dem Minister-Residenten von Japan, Sameshima, Audienzen.

Abends gedachten Se. Majestät der Kaiser die Soirée bei der Baronin von Schleinitz zu besuchen.

[Auf das Glückwunschschreiben], welches die hiesige Stadtverordneten-Versammlung Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin zu deren Geburtstag nach Ber übersandt hat, ist seitens derselben folgendes Antwortschreiben eingegangen.

Der herzliche Gruß, mit welchem die Stadtverordneten der Hauptstadt Mich an Meinem diesjährigen Geburtstage erfreut haben, verpflichtet Mich zu aufrichtigem Danke. Die freundlichen Gesinnungen, welchen die Stadtverordneten bei diesem Anlaß so warmen Ausdruck gegeben, sind Meinem Herzen um so wohlthuender gewesen, als sie dem innigsten Antheil an dem Wohle Berlins und seiner Bewohner begegnen. Die Bürgerschaft der Hauptstadt, stets bereit, das Gute zu fördern und großen Zwecken opferwillig zu dienen, möge versichert bleiben, daß Ich nicht aufhören werde, allen ihren Interessen und Bestrebungen die lebhafteste Theilnahme zu schenken.

Bex, 23. November 1872. Victoria, Kronprinzessin.

(Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 29. Novbr. [Der Pairsschub. — Die Spaltung der Conservativen.] Die Entscheidung über den Pairsschub ist noch immer nicht erfolgt. Es bestätigt sich allerdings, daß die Pairsliste vom Staatsministerium festgestellt und dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Beschlußnahme in Allerhöchster Instanz ist aber noch nicht erfolgt. Ich erfahre, daß noch in letzter Stunde und nach der Rückkehr Sr. Majestät von der Jagd sich wiederum mit verstärkter Entschiedenheit diejenigen Elemente geltend ge-

macht haben, welche die Annahme der Kreisordnungs-Vorlage und der übrigen Reformgesetze auch ohne eine Veränderung des Herrenhausbestandes behaupten. Die große Mehrheit des Staatsministeriums theilt diese Auffassung nicht, und hält an der Ueberzeugung fest, daß nach dem gegenwärtigen Verlauf der jüngsten Verhandlungen ein, die Mehrheit der Regierungspartei sichernder Pairsschub zur Nothwendigkeit geworden ist. Es wird wiederholt versichert, daß auch der Präsident des Herrenhauses, Graf Stolberg, die Ansicht vertritt, welcher die Mehrheit des Staatsministeriums entschieden widerstrebt. Man muß darauf hinweisen, daß diese Auffassung mit der eigenen Erklärung der Stimmführer der bisherigen Herrenhaus-Majorität, wie dieselbe in der „Kreuz-Zeitung" zum Ausdruck gelangt ist, im entschiedenen Widerspruch steht. — Wenn von einigen Seiten darauf hingewiesen worden ist, daß ein Pairsschub, der sich auf 25 neue Ernennungen beschränkt, nicht ausreichend sei, um das Schicksal der Reformgesetze zu sichern und noch weniger eine sichere Grundlage für die Reform des Herrenhauses abzugeben, so ist zu bemerken, daß jene Zahl von der Regierung zunächst nur als ausreichend erachtet wurde, um die Kreisordnung und die anderen Reformgesetze durchzubringen; was aber die Reform des Herrenhauses selbst betrifft, so ist dieselbe keineswegs aufgegeben, doch bleibt allerdings die Frage, ob sie ohne weiteres Eingreifen in den Bestand des Hauses Seitens der Regierung möglich sein wird. Es bleibt das noch Erwägungen in weiterer Instanz vorbehalten. — Die Spaltung der conservativen Partei des Abgeordnetenhauses ist bereits zur Thatsache geworden. Gestern Abend fand eine Versammlung statt, in welcher zunächst 36 bisherige Mitglieder der conservativen Fraction der neuen Fraction beitraten. Es gehören dahin der Vice-Präsident Herr v. Köller, die beiden Herren von Bismarck, Herr von Brauchitsch, Graf Limburg-Styrum, Graf Reventlow, Freiherr von der Goltz, von Rauchhaupt, von Waldow-Reitzenstein, Lampugnani, Persius, v. Zastrow u. A. Wie ich höre, sind noch im letzten Augenblick von Seiten der alten Parteigenossen Vermittelungsvorschläge gemacht worden, die aber zu keinem Ergebniß geführt haben. Die neue Fraction wird sich wahrscheinlich in den nächsten Tagen unter dem Namen „national-conservative Partei" constituiren und das bekannte Programm der national-monarchischen Partei des Reichstages mit entsprechenden Abänderungen zur Grundlage wählen. Weiterer Hinzutritt von Mitgliedern ist bevorstehend und hat die Partei einen innigen Zusammenhang mit den Freiconservativen in Aussicht genommen, so daß bei allen Hauptfragen eine gemeinschaftliche Action von 90—100 Conservativen zu erwarten steht.

= **Berlin**, 29. November. [Ministerkrisis.] Sicher ist die Hinausschiebung der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses und des endlichen Beginnes der Budgetberathung bis zum nächsten Dinstag nicht ohne Berücksichtigung der obschwebenden Verhandlungen im Ministerium erfolgt, in welchem, wie jetzt von keiner Seite mehr in Abrede gestellt wird, denn doch sehr erhebliche Meinungs-Verschiedenheiten auszugleichen sind. Wir registriren ausdrücklich nur zur Charakterisirung der Situation die viel verbreiteten und aufregenden Gerüchte über eine Ministerkrisis. Es heißt, der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, habe seine Entlassung angeboten, der Finanzminister Camphausen und der Cultusminister Dr. Falk würden mit ihm stehen und fallen. Jedenfalls ist es nicht erfreulich, daß die Dinge dahin gekommen sind, solchen Gerüchten Unterlage zu geben. Wir erfahren, daß der Minister des Innern heut Nachmittag Sr. Majestät dem Kaiser eine Berufungsliste von 25 Personen für das Herrenhaus zur Vollziehung vorgelegt habe. Die Dinge müssen sich also in den nächsten Tagen entscheiden. In Abgeordnetenkreisen, und zwar nicht nur denjenigen entschieden liberaler Richtung, herrscht unverkennbare Niedergeschlagenheit. Die Frage einer Adresse des Abgeordnetenhauses an die Krone im Falle eines gänzlichen Scheiterns der berechtigten Erwartungen des Landes ist wieder in den Vordergrund getreten und wird bald mehr von sich reden machen.

Stettin, 28. November. [Der Postdampfer] des baltischen Lloyd, „Franklin", ist heute mit Passagieren, Post und voller Ladung nach Newyork abgegangen.

Koburg, 29. November. [Prinz Alfred von Großbritannien] ist heute Mittag seine Rückreise über Darmstadt nach London angetreten.

Dresden, 29. November. [Die erste Kammer] hat heute den Gesetzentwurf über die Behördenorganisation mit Ausnahme der von den Kreisausschüssen handelnden Bestimmungen — welche mit 28 gegen 13 Stimmen abgelehnt wurden — angenommen.

Karlsruhe, 29. November. [Unterstützungen.] Der Großherzog und die Großherzogin haben zur Unterstützung der durch die Sturmfluth heimgesuchten Küstenbewohner der Ostsee den Betrag von tausend Thalern angewiesen.

Oesterreich.

Prag, 28. November. [Der Landtag] nahm heute in geheimer Sitzung den Antrag der Majorität der Commission, die Freilassung der in Untersuchungshaft befindlichen Mitglieder des Landtages, Skrejschowsky und Gregr, nicht zu verlangen, an.

Frankreich.

Versailles, 26. Novbr. [Der Bericht Batbie's in der National-Versammlung] lautet der „K. Z." zufolge:

Meine Herren! In der Sitzung vom 13. November wurde Ihnen nach dem Vortrag der Botschaft des Herrn Präsidenten der Republik vom ehrenwerthen Herrn de Kerdrel eine Proposition vorgelegt, welche die Ernennung einer Commission beantragte, die beauftragt sein würde, eine Antwort vorzubereiten, in welcher die Versammlung von ihrer Seite ihre Meinung über die politische Lage zu sagen habe. Da diese Proposition von der Regierung angenommen worden war, so wurde die Dringlichkeit von einer aus verschiedenen Elementen bestehenden Majorität angenommen. Die wohlbekannten Gesinnungen des Herrn de Kerdrel für den Herrn Präsidenten der Republik reichten hin, um seinem Antrage jeden feindlichen Charakter zu benehmen; aber wenn einiger Zweifel obwalten konnte, so würde erdurch die Verschiedenartigkeit der Stimmenden, dieſich für die Dringlichkeit erhoben hatten, verscheucht worden sein. Die Sitzung vom Montag, 18. November, und die Zwischenfälle, welche der Interpellation des ehrenwerthen Generals Changarnier folgten, gaben der Proposition des Herrn de Kerdrel eine größere Tragweite, als sie zuerst hatte, und ohne daß es nur nöthig war, es uns zu sagen, verständigten wir uns, um darin bei der Krisis, in welche wir eingetreten sind, die Lösung zu suchen, welche das Land mit großer Bangigkeit erwartet. Getreu dem Wunsche, welchen die öffentliche Meinung uns durch ihre zahlreichen Organe hat vernehmen lassen, brachten wir Alle ohne Ausnahme in die Commission vielen guten Willen und den heißen Wunsch mit, zu einer Versöhnung zu gelangen. Wir wissen in der That, daß Frankreich in seinem Vertrauen die Versammlung nicht von dem Herrn Präsidenten der Republik trennt; wir wissen, daß es vor Allem die Einheit derer will, denen es seine Geschicke am nämlichen Tage, durch das nämliche Votum, und so zu sagen, durch den nämlichen Hülferuf übergeben hat. Wir haben zusammen die große und edle Verwundete erhoben, und heute, wo, kaum aufrecht stehend, unser armes Vaterland seine Augen gegen uns hin richtet, ist es von einem gleichen Gefühl der Dankbarkeit gegen Alle beseelt, welche ihm geholfen haben. Der Präsident der Republik leistete ihm ausgezeichnete Dienste, und dem Lande ist es nicht unbekannt, daß wir mit allen unseren Kräften den Chef der Executivgewalt unterstützen und unsere Unterstützung ihn in seinen Unternehmungen kräftigte. Der Beweis dafür ist, daß die Idee der Auflösung unter den Männern keinen Anklang gefunden hat, und daß um die Genesung des Vaterlandes nicht zu stören, die Meinung der großen Majorität uns bittet, uns nicht der Last der Staatsgeschäfte zu entziehen. Die Ausübung der Gewalt, welche in den glücklichen Tagen große und edle Genüsse verschaffen kann, ist heute zu traurig und schmerzlich, als daß man uns verdächtigt, sie aus Egoismus behalten zu wollen. Wir haben mit dem Herrn Präsidenten jene Aehnlichkeit, daß wir, die Einen wie die Anderen, aus Pflichtgefühl hier sind, indem wir von dem noch geschwächten Frankreich einen Rückfall fern zu halten suchen, der sicherlich tödtlich sein würde. Wir werden auf dem uns anvertrauten Posten bleiben, bis das Land nicht allein von seinen äußeren Feinden befreit, sondern auch über seinen inneren Feind beruhigt worden ist. Bis jetzt wurden die Mittheilungen des Präsidenten der Republik in der einfachen Förmlichkeit der Kenntnißnahme entgegengenommen. Warum haben wir auf diesen Gebrauch Verzicht geleistet, und welcher Beweggrund hat Herrn de Kerdrel bestimmt, eine Antwort der Versammlung hervorzurufen? Es geschah, weil mehrere Stellen einen Theil der Kammer beunruhigt hatten. Als einige unserer Collegen den Präsidenten sagen hörten, daß man „seine Zeit nicht zur Proclamation, aber zur Organisation der Republik verwenden müsse, weil sie die rechtmäßige der Regierung sei," fragten sich dieselben, ob der Pact von Bordeaux zerrissen worden sei und ob die constituirende Gewalt der Versammlung angezweifelt werde. In allen Fällen waren sie in Sorge, daß die aus ihrer Unparteilichkeit heraustretende Regierung alle ihre Kräfte auf eine Seite hintragen, und daß eine von der Einstimmigkeit der Versammlung eingeführte Regierung die Macht ihrer Autorität in den Dienst einer Partei stelle, die wenigstens bis jetzt unter uns nicht die Majorität hatte. Diese Collegen erinnerten daran, daß Herr Thiers in Bordeaux gesagt: „Ihr, Monarchisten, und Ihr, Republikaner, nein, Ihr werdet nicht getäuscht werden, weder die Einen, noch die Andern". Der Herr Präsident der Republik hat uns in dieser Beziehung beruhigt. Wir haben seine Botschaft nachgelesen, und wir haben nach den Stellen, wo seine persönliche Meinung ausgedrückt wurde, eine Erklärung gefunden, wo das Recht der souveränen National-Versammlung, selbst um zu constituiren und die endgiltige Form der Regierung zu wählen, laut proclamirt wird. „Gott behüte uns", sagte die Botschaft, „uns an Ihre Stelle zu setzen! Aber an dem Tage, den Sie bestimmen werden, nachdem Sie Einige von Ihnen gewählt haben werden, um über dieses Hauptwerk nachzudenken, wenn Sie dann unsere Ansicht wünschen, so werden wir sie offen und entschlossen sagen." Dieser Theil der Botschaft wurde in der That bestätigt und selbst vervollständigt durch die bestimmtesten mündlichen Erklärungen. Sicherlich werden wir, wenn der Augenblick gekommen ist, die Ansichten des Herrn Präsidenten der Republik mit der seiner hohen Stellung und seinem großen Verstande schuldigen Achtung anhören. Möge er uns auch gestatten, ihm in dieser Beziehung die Eindrücke der Commission bekannt zu machen. Wir werden es auf achtungsvolle Weise thun, nicht um des bloßen Vergnügens willen ihm zu widersprechen, sondern um Vorbehalte auszudrücken, welche viele unserer Collegen ihrem Gewissen schuldig zu sein glauben. Der Herr Präsident hat wohl Recht, in seiner Botschaft zu sagen, daß die Republik eine conservative oder aber gar nicht sein würde. Dieses bedingt, daß das Regierungssystem der Unterstützung der Conservativen bedarf, denn eine Republik, aus welcher die Conservativen ausgeschlossen worden, würde bald das Mißtrauen erregen und das Gefühl des Schreckens wieder wachrufen, welches die historischen Erinnerungen an jene Regierungsform knüpfen. Unter den Conservativen giebt es nun solche, und ihre Zahl ist groß, welche ihren monarchischen Glauben bewahrt haben. Sie werden der Regierung nicht die Machtvollkommenheiten verweigern, welche für sie so nöthig sind, um der Ordnung und den Gesetzen Achtung zu verschaffen; aber unbesiegbare Gewissensscrupel würden sie aufhalten, wenn ihre Unterstützung nur unter der Bedingung gegeben werden könnte, daß sie den Grundsatz zu verleugnen und durch ihr Votum das zu verdammen hätten, was für sie der Gegenstand eines angestammten Cultus ist. Sie erklären sich bereit, Herrn Thiers mit den Gewalten zu bewaffnen, die er nöthig haben kann, um die Beschlüsse der gesetzgebenden Gewalt auszuführen; aber keiner von ihnen wird zustimmen, sein Princip aufzuopfern. In ihren Augen darf die Republik in unserem Lande nur durch die Macht der Thatsache und wie jene Institutionen hergestellt werden, die in England leben und dauern, obgleich sie niemals förmlich geheiligt worden sind. Das Lesen der Botschaft hat einen anderen Zweifel in uns erregt.

Mehrere unserer Collegen hatten sich, als sie den Beifall vernahmen, welcher von dieser Seite (äußerste Rechte) kam, gefragt, ob die Sprache des Herrn Präsidenten betreffs der ewigen Feinde einer jeden socialen Ordnung klar und fest genug gewesen sei. Es besteht in unserem unglücklichen Lande eine zahlreichere und mächtigere Armee der Unordnung, als irgend anderswo, und diese Armee nimmt je nach den Zeiten verschiedene Namen an. 1848 nannte man sie Socialisten, und ihre Auferstehung unterlag auf den Barrikaden vom 24. Juni. 1871 nannte sie sich Partisane der Commune, und heute nennt man sie gewöhnlich Radikale, welcher Name nicht immer in diesem Sinne angewandt wurde, der aber in diesen letzten Zeiten angenommen wurde, um den Bund der Zerstörung zu bezeichnen. Ihr Zweck ist, das, was besteht, zu zerstören, ohne anzudeuten, was sie an seiner Stelle aufbauen wollen. In der That ist die Armuth ihrer Ansichten so groß, daß sie fürchten müßten, ihren Einfluß zu verlieren, wenn man, statt ihre Versprechungen zu kennen, wüßte, was sie zu halten im Stande sind. Sie greifen an, was wir vertheidigen, sie vernichten, was wir bewahren wollen, beschimpfen, was wir achten. Ihre Hoffnungen sind für uns Ursache zu Befürchtungen. Ihre Denker glauben nicht an Gott, und in ihren Dictionnären, welche sie wissenschaftlich nennen, findet man über den Menschen Erklärungen, welche das Menschengeschlecht herabwürdigen. Die politischen Männer dieser Partei behaupten, daß die Religion aus den Schulen verbannt werden müsse, ohne anderen Zweck, als dem religiösen Uebergewichte Schranken zu setzen. Unter dem Vorwande, die Kirche vom Staate zu trennen, verlangen die nämlichen politischen Männer, daß die französische Nation, die loyalste von allen, sich weigere, den Dienern des Cultus das zu bezahlen, was man ihnen kraft der Gesetze von 1792 schuldet. Man könnte sagen, ihr Wunsch sei, die große Stimme der Religion zu ersticken, die einzige, welche die Menschen an ihre Pflichten mahnt, und die mit einiger Kraft gegen die lärmenden Declamationen kämpft, durch welche die Demagogen das Gefühl des persönlichen Rechtes zu steigern suchen. Ich weiß nicht, welche geheimnißvolle Leitung unter die Zahl der Martyrer dieser Sache, die sie eine heilige zu nennen wagen, die Ruchlosen aufgenommen hat, welche die Geiseln niedermetzelten, und mit dem niederträchtigsten Cynismus bezeichnen ihre Journale der Rache der zukünftigen Mörder die Mitglieder jener muthigen Gnaden-Commission, welcher anzugehören ich die Ehre habe, weil sie es in ihrem Namen verstand, sich gerecht, d. h. sanft und milde zu zeigen. Was heute diese Partei charakterisirt, ist, daß, nachdem sie Frankreich zur Erschöpfung seiner Hilfsquellen hingeführt, sie die Gewalt wieder an sich zu reißen und in diesem Lande den Heerd der europäischen revolutionären Propaganda zu errichten sucht, ohne sich um die Gefahr eines neuen Krieges zu bekümmern, von dem wir, wenn sie an die Gewalt kämen, bedroht sein würden. Seit 40 Jahren bekämpft der Präsident der Republik diese Fraction. 1848 bekämpfte er sie muthig in seinen Schriften und Reden. Als Minister der Juli-Monarchie hatte er eine strenge Unterdrückung befohlen. Wir wissen, das er im Mai 1871 gegen die Commune die schrecklichste Schlacht bestand, welche die Unordnungspartei je der Gesellschaft lieferte. Indeß mißbrauchen die Radicalen mit einer Unehrlichkeit, die alle Welt empört, den geachteten Namen des Präsidenten der Republik. Ihre Candidaten stellen sich überall, wo diese Taktik noch nothwendig ist, als die Stützen einer Politik dar, welche sie im Grunde genommen verabscheuen, und als die Verbündeten eines Mannes, welchen aufzuopfern sie sich das Wort gaben, wenn das irregeführte Land ihnen jemals die Gewalt geben sollte. Bei einem bekannten Banket haben ihre Toaste den Namen, welcher das Land beruhigt, mit dem Namen verbunden, welcher es erschreckt. Man hat selbst, o höchste Demüthigung! gehört, wie der Redner dieses Bankets, Hrn. Thiers unter seinen Schutz genommen hat, um das Mißtrauen der demagogischen Zuhörerschaft zu beruhigen. Es ist die Zweideutigkeit, auf welche wir aufmerksam gemacht haben. Gewiß ist diese Verwirrung nicht die Schuld des Herrn Präsidenten der Republik, und wir werden ihm niemals die Beleidigung anthun, zu sagen oder zu glauben, daß in Betreff seiner Grundsätze er irgend etwas mit dieser verabscheuungswürdigen Armee gemeinschaftlich habe.

Aber die Verwirrung besteht, und wir haben geglaubt, daß es gut sei, dem Herrn Präsidenten die Gelegenheit zu bieten, auf dieser Tribüne, vor ganz Frankreich zu erklären, daß in dieser Verwirrung ein gehässiger Mißbrauch mit seinem Namen getrieben werde. Herr Thiers hat es vorgezogen, gegen jede Voraussetzung einer solchen Mitschuld in Entrüstung zu gerathen. Wir haben diese Entrüstung als eine beredsame Verwerfung eines jeden Bündnisses solcher Art betrachtet, und wir haben geglaubt, daß dieser edle Zorn hinreiche um jede Zweideutigkeit zu beseitigen. In den herzlichen Unterredungen, welche wir mit dem Präsidenten hatten, konnten wir ihm unsere Befürchtungen und Wünsche mittheilen. Die Majorität Ihrer Commission sagte ihm, daß die conservative Partei mit Grund wegen der Fortschritte des Radicalismus beunruhigt sei, und daß wir seinem gesetzlichen Triumphe entgegengehen, welches, ein Uebel ohne Heilmittel, schlimmer sei, als der vorübergehende Triumph einer Insurrection. Wir fügten hinzu, daß, um diese Invasion aufzuhalten, es uns unumgänglich nothwendig erscheine, ihm ein „gouvernement de combat" entgegen zu stellen, welches alle conservativen Kräfte vereinigen werde, um die Bevölkerungen über die Absichten des Feindes aufzuklären. In unserem Lande ist die Regierung mehr als in jedem anderen das große Triebrad der Ordnungspartei, und ihre Enthaltung in diesem Kampfe würde den öffentlichen Geist irre leiten. Wenn der Radicalismus den Namen Partei verdiente, den man ihm mißbräuchlich beilegt, so würden wir nicht von der Regierung verlangen, die Neutralität zu brechen, welche sie allen politischen Meinungen versprochen hat. Die Rolle der von uns errichteten Regierung ist in der That, über allen denen zu stehen, welche zu ihrer Errichtung mit beigetragen haben. Aber weit davon entfernt, eine Partei zu sein, ist der Radicalismus der Gegner aller achtungswerthen Parteien. Wie könnte diese Fraction in die Grenze der politischen Unparteilichkeit eintreten, deren freche Satzung jeden in die Acht erklärt, der ein Hinderniß auf ihrem Wege ist, Auf die Befürchtungen und die Wünsche der conservativen Partei eingehend, bemerkte uns der Präsident, daß die erste Bedingung eines „gouvernement de combat" die sei, Waffen zu haben; daß die thatsächliche Regierung, wie sie heute bestehe, nicht die wesentliche Eigenschaft einer Regierung habe. Nach seiner Ansicht ist eine Zweite Kammer unvermeidlich, weil in allen freien Ländern man zwei Versammlungen errichtet hat, die eine, die zurückhält, die andere, welche vorwärts treibt; weil es unumgänglich nothwendig ist, daß zwischen der Executivgewalt und der National-Versammlung ein drittes Element stehe, welches gestatte, die Conflicte zu lösen: diese Combination wird dahin führen, daß die Erste Kammer vom Präsidenten aufgelöst werden kann, wenn die Zweite Kammer zustimmt. Dies ist übrigens, fügt er hinzu, sehr conservativ: und weder die Republikaner, noch die Monarchisten können darin einen Widerspruch gegen ihre Principien finden, weil es eine gemischte Institution ist, welche eben sowohl in den monarchischen, als den republikanischen Staaten in Anwendung kommt. Der Hr. Präsident sagte außerdem, daß diese Schöpfung eine natürliche Gelegenheit bieten werde, um ohne Erschütterung und Verletzung für irgend Jemanden von Neuem die Beziehungen zwischen der Executivgewalt, den Ministern und der Versammlung zu ordnen und zu den praktischen Mitteln zu gelangen, um die ministerielle Verantwortlichkeit zu regeln. Die Majorität drückte die Meinung aus, daß Sie die Anträge betreffs der Vervollständigung der Gewalten des Präsidenten anhören würden, einerlei ob sie von der Initiative der Regierung oder der Deputirten ausgehen würden. Wir geben die Versicherung, daß alle Anträge, welche zum Zweck hatten, dem Präsidenten die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nothwendigen Mittel zu verschaffen, ohne Voreingenommenheit und ohne andere Nebengedanken, als das Interesse des Landes, untersucht werden würden. Wenn die Gesetze unzureichend seien, so möge man ausreichendere von uns verlangen. Wenn die Verwaltung in dem Departement und in der Gemeinde nicht hinlänglich bewaffnet ist, so mögen die Minister es uns sagen, und wir werden nicht zögern, ihm an die Hand zu gehen. Sie werden nicht, wir sind dessen sicher, die Versicherung desavouiren, welche wir in Ihrem Namen der Regierung gegeben haben, ihr getreulich jedes Mal nachzufolgen, wenn sie uns die Annahme einer energischen Maßregel vorschlägt. Es ist ein Punkt, bei dem keine Verzögerung eintreten darf, weil er schädlich wäre; wir wollen von der innigen Uebereinstimmung der Versammlung mit der Regierung sprechen. Das Land erwartet sie mit fieberhafter Aengstlichkeit und befiehlt uns, sie ohne Verzug sicher zu stellen. Diese Uebereinstimmung ist so unbestreitbar, daß wir uns fragten, warum sie zuweilen gestört würde, und wie es komme, daß die beiden Gewalten, welche den nämlichen Ursprung haben und von den nämlichen Absichten beseelt sind, Krisen erlitten, wie die ist, aus der wir heraustreten wollen.

Die Majorität der Commission ist der Ansicht, daß die Unbehaglichkeiten von der persönlichen Intervention des Chefs der Executivgewalt in unseren Debatten herrühren. Der Präsident der Republik nimmt, obgleich sein rechtmäßiger Titel nicht die Rechte eines Delegirten übersteigt, thatsächlich eine ausgezeichnete Stellung ein, die ihm eigenthümlich ist, und das Vertrauen, das er im Lande besitzt, gibt ihm eine Autorität, die Niemand verkennen darf. Wegen dieser persönlichen Ausnahmestellung haben wir in seiner Gegenwart moralisch keine volle Freiheit, da der Chef der Exekutivgewalt zu jeder Zeit die interpellirten Minister decken und aus einer ministeriellen eine gouvernementale Frage machen kann. Wenn unser Patriotismus uns verbietet, die Regierung zu erschüttern, so befiehlt er uns auch, die Aufrichtigkeit unserer Berathungen zu sichern. Unserer Freiheit wird besonders zu nahe getreten, wenn diese Schwierigkeiten unversehens aus Umständen herauswachsen, welche solche Stürme nicht zu bergen scheinen. Die gemäßigten Männer dieser Versammlung bedauern überdies, daß der Präsident der Republik den Angriffen und den Unterbrechungen seiner Collegen ausgesetzt ist.

Obgleich hier Niemand angeklagt werden kann, den Präsidenten freiwillig zu verletzen, so müssen wir doch anerkennen, daß zu oft, ohne Zweifel, Gefühlsausbrüche vorgekommen sind, die wir nicht beherrschen konnten, die ein einfacher Deputirter ertragen kann, denen aber der erste Beamte des Landes nicht ausgesetzt werden darf. Die Freiheit der Berathungen, die Uebereinstimmung zwischen der Versammlung und der Executivgewalt, die Würde des Präsidenten der Republik, — Alles räth uns an, die ministerielle Verantwortlichkeit zu organisiren, und es ohne Verzug zu thun, weil die Einheit der Gewalten nicht auf sich warten lassen darf. Obgleich die Bemerkungen die Stellung und Person des Herrn Thiers betrafen, so fürchteten wir nicht, ihn zu verletzen, indem wir sie ihm machten. Wir waren sicher, daß der große Historiker nicht staunen werde, zu sehen, daß die Repräsentanten seines Landes, eines Landes, wo ihm die liberalen Ideen ihre größten Fortschritte verdanken, die Mittel aufzusuchen, die Wahrheit ihrer Abstimmungen zu sichern. Wir würden gewünscht haben, den uns gemachten Antrag annehmen zu können, einer einzigen Commission die Gründung einer Zweiten Kammer und die Organisation der ministeriellen Verantwortlichkeit zu unterbreiten. Eine große Verschiedenheit trennt diese beiden Dinge. Am Tage, wo wir eine Zweite Kammer gründen werden, werden die Bedingungen der gesetzgebenden Gewalt geändert sein, und wir werden genöthigt sein, vor unsere Wähler zu treten. Man hat mit Recht gesagt, daß die Gründung einer Zweiten Kammer unser politisches Testament wäre. Sagen, daß die ministerielle Verantwortlichkeit erst an dem Tage organisirt werden soll, wo es zwei Kammern geben wird, hieße demnach eingestehen, daß unsere Nachfolger allein dieser Wohlthat genießen, und daß, was uns betrifft, sie nur das gelobte Land sein wird, in das einzutreten uns nicht gestattet sein wird.

Wir müssen die Meinung der Minorität kund geben, und wir thun es in den nämlichen Ausdrücken, in welchen die Mitglieder sie uns dictirt haben.

Die Mitglieder der Minorität haben gesagt: obgleich Anhänger der Ministerverantwortlichkeit, können wir der Schlußfolgerung des Berichtes nicht zustimmen. Folgendes sind unsere Gründe: Nach der Verlesung der Botschaft hat der ehrenwerthe Herr de Kerdrel die Ernennung einer Commission verlangt, welche der Versammlung ein Revisionsproject vorlegen sollte. Der Herr Präsident der Republik hat sofort den Wunsch ausgedrückt, die Versammlung zu einer gründlichen Untersuchung aller Theile seiner Botschaft übergehen zu sehen, und hinzugefügt, daß er sich vor der Majorität beugen werde. Wir sind also zu Commissaren ernannt, um den Antrag des ehrenwerthen Herrn de Kerdrel zu prüfen, der auf die Ernennung einer Commission zielt, die beauftragt wäre, den Entwurf einer Antwort auf die Botschaft des Präsidenten vorzulegen. Solcher Weise mit einem begrenzten Mandate betraut, konnten wir glauben, daß die Schlußfolgerungen des Berichtes unsere Vollmacht überschreiten. Aber es ist gewiß, daß wir dieses Mandat erhalten haben unter der Herrschaft von Ausnahmezuständen. Gewählt unter Besorgnissen, die sich allerseits kund gaben, mußten wir uns damit beschäftigen und hätten denselben gern ein Ende machen wollen. Zweimal von der Commission vernommen, hat der Herr Präsident der Republik in ihrem Schooße die bestimmtesten, die vollkommensten Erklärungen gegen die das Land bedrohenden gesellschaftsfeindlichen Doctrinen abgelegt. Indem er dann auf die in seinen Augen nöthigen Reformen einging, sagte er, daß er weit davon entfernt sei, denjenigen aus dem Wege gehen zu wollen, welche sich auf die Ministerverantwortlichkeit beziehen. Daß es aber, bei der unmittelbaren Betheiligung seiner eigenen Person in diesen Fragen nicht thunlich sei, heute nur Eine ausschließlich in Angriff zu nehmen und mit den übrigen eine Ausnahme zu machen, indem man sie zurückweise. Denn das würde ihm eine gerechte Kritik und Mißbilligung Seitens seiner Regierung einbringen. Wenn man aber den Berathungen der Versammlung die Prüfung der Ministerverantwortlichkeit und der anderen Maßregeln, die eine bessere Wirksamkeit der Regierung der Republik verbürgen sollen, auf einmal alle vorlegen wollte, so sei er bereit, an dieser Prüfung sich zu betheiligen. So würde ein Einverständniß zu erzielen sein. Im entgegengesetzten Falle aber würde die Regierung eine Resolution einbringen. In Folge dessen erklärt die Minorität, daß sie sich den Schlußfolgerungen des Berichtes nicht anschließen kann.

Sie kennen jetzt die beiden Meinungen und die Beweggründe, auf die

sie sich stützen; wir schließen mit einer wichtigen Bemerkung, welche wir an alle ehrlichen Leute richten. Es handelt sich heute nicht, wie man versucht hat, glauben zu machen, um die aufrichtigen und ehrbaren Republikaner zu erschrecken, um eine Debatte über die Frage der Monarchie oder der Republik. Ach! wir haben andere Sorgen. Möge es dem Himmel gefallen, daß wir nur über politische Fragen zu discutiren hätten. Mit welcher Freude würden wir den Tag begrüßen, wo die französische Beredtsamkeit, ohne durch die Besorgnisse des nächsten Tages gestört zu werden, sich in jenen oratorischen Kämpfen üben könnte, die bei uns immer der Schmuck der glücklichen Zeiten waren. Aber so viel Glück übersteigt unsere Hoffnungen, und wir sind zu großen Sorgen verurtheilt, denn täglich sehen wir um uns die Woge der revolutionären Barbarei emporsteigen. Deßhalb haben wir es auch für unsere Pflicht gehalten, einen Lärmruf zu erheben. Haben wir Recht, diesen Ruf auszustoßen? Wenn Ihre Ansicht so ist, so bitten wir Sie, diese dadurch auszudrücken, daß Sie den folgenden Antrag, welchen wir der Proposition des Herrn de Kerdrel unterstellen, annehmen:

„Einziger Artikel. Eine Commission von 15 Mitgliedern wird in der Abtheilung ernannt, um in möglichst kurzer Frist der National-Versammlung einen Gesetzentwurf über die ministerielle Verantwortlichkeit vorzulegen.

Amerika.

Washington, 25. November. [Die Botschaft des Präsidenten] wird von beträchtlicher Länge sein und sich vorzüglich über die auswärtige Politik der Regierung und deren Beziehungen zu fremden Mächten verbreiten. Generalmajor Mc. Dowell wird zum Nachfolger des verstorbenen Generals Meade in dem Commando der militärischen Division des Atlantic ernannt worden. — Die britischen Truppen räumten am Freitag den 22. d. M. die Insel San Juan. Die in Gemäßheit des Washingtoner Vertrages niedergesetzte gemischte Commission hat britische Forderungen an die Amerikanische Regierung im Belaufe von 10 Millionen Dollars verworfen. Das Agricultur-Departement schätzt in seinem Baumwollbericht für November die 1872er Ernte auf nahezu 3,450,000 Ballen à 465 Pfund. Der Präsident wird in seiner Botschaft die Einführung legislativer Maßregeln für die Wiederherstellung des amerikanischen Handels auf den Fuß, den er vor dem Kriege einnahm, befürworten. Der Marinesecretair, Mr. Robinson, negirt in seinem Bericht an den Congreß die Reconstruction der Marine. Mit Neufundland ist ein Postvertrag abgeschlossen worden, der die Portosätze um nahezu die Hälfte reducirt.

Provinzial-Zeitung.

— en — **Breslau**, 30. November. [Musik.] Am 28. d. M. fand Abends 7 Uhr im hiesigen katholischen Schullehrer-Seminare im Musiksaale der Anstalt zur Cäcilien-Feier eine Musik-Aufführung durch die Schüler des Seminars statt, wozu der Seminar-Director Marks mittelst eines Programms Gönner und Freunde der Anstalt eingeladen hatte. Wir bemerkten unter den Anwesenden z. B. den Provinzial- und Regierungs-Schulrath Jüttner, den geistlichen Rath Stutzer, den Dom.-Benesicianten Krawutschke, den Dom.-Organisten Greulich und mehrere Lehrer der hiesigen Stadt. Auch die Damenwelt war im gleichen Maße vertreten. Das Programm erstreckte sich auf Orgel-Vorträge, verschiedene Chor Gesänge, Pianoforte-Sätze, auf ein Streichquartett, auf Variationen für die Violine cc. Wir müssen gestehen, daß die Leistungen der jungen Leute alle Anerkennung verdienen, und daß sich daß Seminar zu einer Lehrkraft, wie sie dieselbe in dem königl. Musikdirector Herrn B. Kothe besitzt, nur gratuliren kann. Die Vorträge auf der Orgel, die Flügelpartien, die Gesänge und das Streich-Quartett legten davon einen sicheren Beweis ab und gaben zu erkennen, daß in jedem Zweige der musikalischen Kunst die sachgemäße Methode zur Anwendung kommt.

X. [Für die hülfsbedürtigen Bewohner der Ostseeküste] wird Fräulein v. Meichsner in Kürze mit einem Theil ihrer Schülerinnen und unter Mitwirkung hiesiger, sehr geschätzter Dilettanten im Liebich'schen Saale eine musikalisch-declamatorische Soirée veranstalten, deren Mittelpunkt eine neue, von den Schülerinnen des Herrn Professor Wick in Dresden kürzlich unter großem Beifall aufgeführte Operette von Dorn: „Der Maskenball" bilden wird. Das wohlthätige Unternehmen des Frl. v. Meichsner, deren gelungene Operetten-Aufführungen sich bereits in den vorigen Jahren des lebhaftesten Beifalles zu erfreuen hatten, dürfte auch diesmal einen recht umfangreichen, im Interesse jener unglücklichen Benefizianten wünschenswerthen Kreis von Theilnehmern im Liebich'schen Concertsaale vereinigen. Die Mitwirkung bei der Soiree haben bisher noch außer der Concertgeberin selbst, Fräulein Marie Knauff und Herr Theod. Freyhan bereitwilligst zugesagt.

Breslau, 28. Novbr. [Handwerkerverein.] Es wurde am heutigen Debatte-Abend zur Beantwortung der vorhandenen Fragen geschritten, deren eine den gegenwärtigen Zustand der Straßen und ihrer Nichtbereinigung betraf. Nachdem Literat Krause auf das Unwegsame derselben und sogar Lebensgefährliche des Steckenbleibens hingewiesen und eine Adresse an den Magistrat vorgeschlagen, theilte Hr. Stetter seine Wahrnehmungen auf seiner letzten Reise durch Berlin mit und wurde eine Aenderung des hier gebräuchlichen Kehrsystems empfohlen. Dann wurde noch über den Zweck der Debatten-Abende gesprochen und dann ein Abschnitt aus Uhlich's „Naturbetrachtungen" vorgelesen, der die Chemie betraf.

Breslau, 29. Novbr. [Humboldtverein für Volksbildung.] Am künftigen Sonntag spricht Hr. Professor Palm im Musiksaale über die deutschen Mundarten. Am gestrigen Abend haben die cyclischen Vorlesungen der Volksakademie im Prüfungssaale der Töchterschule am Ritterplatz mit einem Vortrag des Hrn. Dr. Herda über die französische Revolution begonnen; der 2. Cyclus wird in demselben Saale von Hrn. Dr. Bobertag am Dinstag den 3. December eröffnet und die Literatur seit „Hans Sans" zum Gegenstand haben. Am Mittwoch den 4. findet jwieder eine „Monatsversammlung statt, in welcher die Debatte über „Abfuhr oder Canalisation" fortgesetzt werden wird und zu der wir abermals Alle einladen, die Interesse für dieses unserer Reinlichkeit, Gesundheit und Landwirthschaft so überaus wichtige Thema haben.

J. P. **Warmbrunn**, 28. November. [Winter-Saison.] Gestern Abend gab im Saal der hiesigen Brauerei die Elger'sche Musikkapelle das erste, mit einem Tanzkränzchen verbundene Abonnements-Concert für diesen Winter. Der Besuch war ein recht zahlreicher und die Unterhaltung eine recht gemüthliche. Es sollen in Warmbrunn und Herischdorf allein über 200 Billets abgesetzt worden sein, ein Fall, der noch nicht dagewesen, der aber ebenfalls beweist, daß sowohl die Brauerei und die vortreffliche Restauration des Herrn F. Rieger, als auch die Elger'sche Kapelle die Gunst des Publikums in hohem Grade erworben haben. Letztere erntete auch gestern wieder vieles Lob. Von anderer Seite wurde früher stark bezweifelt, daß Herr Elger zur Leitung einer Kapelle dieselben Fähigkeiten besitze, die seinem verstorbenen Vater nachgerühmt werden. Die letzten Concerte haben jedoch nicht nur jenen Zweifel widerlegt, sondern auch bewiesen, daß der Sohn den Vater sogar noch übertrifft. Auch dürfte der vom Sohn unverkennbar an den Tag gelegte Fleiß etwaige Lücken im theoretischen Fach sehr bald zu füllen geeignet sein. — Gestern bedauerte man nur, daß Herr Rieger durch sein Gastspiel im Stadttheater zu Breslau abgehalten worden, das erste Abonnements-Concert in seinem Local durch seine ausgezeichneten und deshalb auch hier so beliebt gewordenen Gesangvorträge zu verherrlichen. Er wird jedoch in den folgenden Concerten das Versäumte nachholen und seine Gäste reich entschädigen. — Wie es scheint, werden diese Abonnements mit den bereits eingeführten Sonntags-Concerten die einzige Unterhaltung in diesem Winter hier bleiben. Das Vereinswesen ist zur Zeit fast bis auf Null herabgesunken. Die Bürger-Ressource in der Gallerie — die sonst recht angenehme Unterhaltung ihren Mitgliedern bereitete — wurde schon in voriger Saison durch Mißgriffe bei den Wahlen und durch Versündigungen am Zeitgeist und an unseren gesellschaftlichen Zuständen zu Grabe getragen. Allgemein und mit vollstem Recht getadelt wurde namentlich die rücksichtslose Ausschließung der Juden, an der sogar die christlichen Lehrer Theil genommen, während doch selbst der Freimaurer-Orden die Aufnahme von Juden nicht mehr verschmäht. — Auch zu wissenschaftlichen Vorträgen mag Niemand sich melden, obgleich es an geeigneten Kräften hier gar nicht fehlt. So belebt Warmbrunn im Sommer war, so todt wird es also in diesem Winter sein. Angenehme Ruh'!

⊙ **Waldenburg i. Schl.**, 29. Nov. [Bergwerks-Director Klose †.] Gestern fand unter zahlreichster Theilnahme der städtischen Communal- und Schulbehörden, der Bergbeamten, der Grubenbelegschaften, Freunden und Bekannten der Nähe und Ferne die Beerdigung des vergangenen Montag verstorbenen Herrn Bergwerks-Director Klose statt. Der Verstorbene war seiner Familie ein gewissenhafter Gatte und Vater, in seinem Berufe ein pflichttreuer Beamter, im sonstigem Verkehr der Welt ein rathender Freund und Helfer, ihm anvertraute Ehrenämter, — er war z. B. Mitglied hiesiger Schuldeputation —, ließ er sich in strengster Weise angelegen sein. Der Verstorbene war von so biederem Charakter, daß er sich die Liebe und Achtung aller, die ihn kannten, erworben, daß er so zu sagen „keinen Feind hatte". Und diesem Biedermann verweigerte die katholische Kirche zur Verdruß vieler Katholiken und Andersgläubigen die Erweisung der letzten Ehren, die Einreihung unter die sogenannten guten Kirchkinder" nur deßhalb, weil er in religiöser Beziehung im Leben nicht der äußeren Form genügt. Diese Intoleranz trifft den Verstorbenen nicht, sondern die Nachbleibenden. Daß solche Kirchengerichte die Kirchenmitglieder nicht näher zur Kirche ziehen, sondern vielmehr abstoßen, liegt auf der Hand. Das Begräbniß konnte aber anders auch nicht feierlicher sein, fehlten ihm doch nicht die erhebenden Gesangesklänge, die die evangel. Lehrer am Trauerhause und kathol. Lehrer am Grabe dem Entschlafenen widmeten, auch nicht an einem letzten Gebet, das ein alter Freund des Verstorbenen an seinem Grabe sprache. So ruht er wohl!

† **Ohlau**, 29. November. [Feuer.] Gestern Abend 7 Uhr ertönten die Nothsignale einer Feuersgefahr. Es brannte das sogenannte Eishaus am Bahnhofe, Eigenthum der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft. Dasselbe wird gegenwärtig einer Reparatur unterworfen und haben bis 5 Uhr Nachmittag Zimmerleute darin gearbeitet. Es wird vermuthet, daß weil bei Lichte gearbeitet worden, ein Versehen vorgekommen und hierdurch das Unglück herbeigeführt worden. — Auf den Gütern des Landrath v. Eicke in Pohlwitz und Würben, hiesigen Kreises, sind in kurzen Zwischenpausen 3 Feuer zum Ausbruch gekommen. Es wird Brandstiftung vermuthet, da ein dierter Fall rechtzeitig entdeckt und die Ueberzeugung gegeben hat, daß angelegt worden

—r. **Namslau**, 28. Novbr. [Ruchlose That. — Sternschnuppenfall und Wetterleuchten. — Witterung. — Votum.] Durch ruchlose Hand ist am letzten Sonntage kurz vor dem Abends nach 8 Uhr aus Oberschlesien ankommenden Personenzuge zwischen dem Dorfe Giesdorf und der Station Namslau eine Eisenbahnschwelle quer über das Fahrgeleise der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn gelegt worden, die indessen glücklicherweise von den Bahnräumern der Locomotive weggeschleudert und zwischen die Schienen geworfen worden ist. Die Direction der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn hat auf die Ermittelung des ruchlosen Bösewichts eine Prämie von 10 Thlrn. ausgesetzt. — Gestern Abend von 6 bis 8 Uhr wurde am westlichen und südlichen Himmel ein außerordentlich zahlreicher und prächtiger Sternschnuppenfall beobachtet. Die Sternschnuppen, von denen einige sehr hell aufleuchteten und feurige Streifen zurückließen, bewegten sich in der Richtung nach Westen. Während dieser Zeit wurde an dem klaren Abendhimmel aber auch wiederholt ein prächtiges, jedoch nur ganz kurze Zeit währendes Wetterleuchten wahrgenommen. — Die überaus milde Witterung lockt noch fortwährend Sommerkinder hervor. Im Grambschützer Forsten wurde dieser Tage ein solches, ein lustig herumflatternder Schmetterling (Admiral), angetroffen. — Damit die conservativen Koryphäen des Namslauer Kreises auch wissen, auf wen sie bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhause (Wahlkreis Oels-Namslau-Polnisch-Wartenberg), ihre Stimmen gelenkt haben, so wird auf den letzten stenographischen Bericht des Abgeordnetenhauses, die Kreisordnung betreffend, verwiesen. Nach demselben haben die beiden Abgeordneten v. Kardorf und Wachler, denen auch die Liberalen ihre Stimmen zugewendet, — für, der von den Conservativen aber mit Aufbietung aller Kräfte und Mittel durchgebrachte dritte Abgeordnete, Baron von Ohlen-Adlerskron, — aber gegen die Kreisordnung gestimmt.

††† **Löwen**, 28. November. [Tagesnachrichten.] Im Anschluß an unsern letzten Bericht über die geistesgestörte Ehefrau berichten wir, daß diese wieder aus der städtischen Kranken-Anstalt entlassen, aber keineswegs noch nicht vollständig wieder in einen beruhigenden Zustand versetzt ist. Es zeigen sich ununterbrochen Spuren der Krankheit und wird die Unglückliche zur Nachtzeit in ihrer Wohnung durch eine Frau bewacht. — Wie uns der Augenschein lehrt, ist an der nördlichen Ringecke unter der Aufschrift „Gasthof zum deutschen Hause" fast über Nacht ein neuer Gasthof entstanden.

△ **Krappitz**, 29. November. [Nachtrag.] Im Interesse der hiesigen Bautechniker fühlen wir uns veranlaßt, unser Referat vom 27. November betreffend den Einsturz des Eiskellergewölbes der hiesigen Schloßbrauerei dahin zu ergänzen, daß keiner der hiesigen 2 Maurermeister in irgend einer Weise an dem Bau betheiligt gewesen, daß vielmehr die Zeichnung zu demselben von einem auswärtigen Maurermeister geliefert, die Ausführung des Baues aber einem Maurerpolir in Entreprise gegeben worden ist. Die Ursache des Unglücks wird durch die gerichtliche Untersuchung festgestellt werden.

—r— **Gogolin**, 28. Nov. [Der altkatholische Verein zu Groß-Strehlitz,] dessen Vorstand aus den Herren: Kreisrichter Herden, Rittmeister Börger-Medwedicki, Catatster-Controleur Dinkelbach, Rathmann Zeitner, Kaufmann Müller, Gymnasiallehrer Dr. Schuler und Gymnasiallehrer Woitylak besteht, hat Vereins-Statuten entworfen, aus denen wir Nachstehendes entnehmen: „Der Verein steht auf dem Bodeu der katholischen Kirche. Er protestirt darum gegen das sogenannte Dogma der Unfehlbarkeit und absoluten Gewalt des Papstes und verwirft dasselbe, sowie jede Neuerung, welche mit dem katholischen Glauben unvereinbar ist. Er protestirt darum auch gegen alle ultramontanen Meinungen der Denkschrift, welche die in Fulda versammelten Bischöfe am 20. September d. J. unterzeichnet haben, und verwirft dieselben. Die Mitglieder des Vereins sehen sich als vollberechtigte Katholiken an, lassen sich aus den kirchlichen Rechten nicht verdrängen und halten ihre Ansprüche auf das vorhandene Kirchenvermögen aufrecht. Zweck des Vereins ist, in der Verfechtung dieser Grundsätze und Rechte und in der Abwehr etwaiger Angriffe treu und ehrlich zusammen zu halten, auch dazu beizutragen, eingeschlichene Mißbräuche in der Kirche zu beseitigen. Zur Erreichung dieses Zweckes soll die Verbindung mit anderen Vereinen derselben Tendenz angestrebt werden. Politische Angelegenheiten dürfen durch den Verein nicht verhandelt werden. Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene volljährige Katholik der Stadt Groß-Strehlitz und Umgegend werden." — Auch hier, in Krappitz und den umliegenden Ortschaften ist die Constituirung eines derartigen Vereins im Gange. Zwar wird gegen dieselbe ultramontaner seits furchtbar angekämpft, ihre Bemühungen dürften aber vergeblich sein. Schon wird derjenige Theil der polnischen Bevölkerung, welche der deutschen Sprache nicht ganz fern steht und hauptsächlich mit dem deutschen und gebildeten Elemente verkehrt, auf die Bewegung der Zeit aufmerksam und gelangt es auch bei ihr zur Erwägung, daß es noch nicht so ganz fest mit den Auslassungen ihrer ultramontanen Pfarrer und Kapläne ist. Daß „Kaminsky" kein katholischer Priester, sondern ein Jude sei, wie es in den ersten Tagen dieses Monats im Munde der hiesigen und umliegenden Bevölkerung gelegen, ist jetzt nicht mehr zu hören, seine „Prawda", die auch hier Eingang gefunden, belehrt sie doch eines Besseren.

—d— **Ratibor**, 28. Nov. [Bürgermeister Schramm. — Stadtverordneten-Wahlen.] Der neu erwählte Bürgermeister Herr Schramm, der am 15. d. M. sein hiesiges Amt angetreten, entfaltet bereits eine energische Thätigkeit und bereitet mehrfache Verbesserungen im Communalwesen vor, welche zu der Hoffnung berechtigen, daß Herr Schramm den vielseitigen Empfehlungen, die zu seiner Wahl führten, im vollsten Maße entsprechen wird. — Die Betheiligung an den anfangs dieser Woche hier stattgehabten Stadtverordneten-Wahlen war eine so zahlreiche, wie seit Einführung dieses Wahlmodus noch nicht dagewesen. (S. die Corresp. X. Ratibor.) — In der 1. und 2. Abtheilung siegten die Candidaten der freisinnigen Partei mit überwältigender Majorität; dagegen erfocht in der 3. Abtheilung die ultramontane Partei einen ebenso entschiedenen Sieg, indem die von den beiden katholischen Vereinen „Casino" und „Reunion" aufgestellten Candidaten gewählt wurden. Daß die Ultramontanen bei den Stadtverordneten-Wahlen ihren Einfluß in den unteren Volksschichten geltend machen würden, ließ sich voraussehen und vom Parteistandpunkte aus am Ende nichts dagegen sagen; bedauerlich bleibt nur, als erstens sonst für freisinnig gelten wollende Männer, welche bei den Landtags- und Reichstags-Wahlen die Ultamontanen entschieden bekämpften, bei den Communal-Wahlen die Agitationen derselben unterstützten; zweitens, daß der Clerus am Wahltage persönlich für Candidaten Stimmen warb, über welche vorher es nur eine Stimme gab, nämlich, daß sie aus verschiedenen Gründen für das Amt eines Stadtvertreters nicht zu empfehlen seien.

⊙ **Gleiwitz**, 27. Nov. [Communales. — Theatersaal. — Tolle Hund.] In der letzten Sitzung der Stadtverordneten kam der Stadthaushaltsetat für das Jahr 1873 zur Prüfung und Festsetzung. Die von der Etat-Commission gemachten Vorschläge werden angenommen, und demnach in Einnahme festgesetzt 12,400 Thlr., in Ausgabe 55,000, so daß 42,600 Thlr. durch die Communalsteuer aufgebracht werden müssen, also 8000 Thlr., ein Fünftel mehr als im vorigen Jahre. Herr Rathsherr Dalibor hat die auf ihn einstimmig gefallene Wiederwahl abgelehnt und der Vorsitzende hebt im Namen der Versammlung die Verdienste hervor, welche sich derselbe durch eine 20jährige aufopfernde Thätigkeit um die Commune erworben hat und die Versammlung beschließt, den Magtstrat zu ersuchen, dem scheidenden Rathsherrn das Prädicat „Stadtältester" zu verleihen. Die neue Wahl wurde vertagt. — Der Actien-Gesellschaft zum Bau eines Theatersaales fehlen noch gegen 6000 Thlr., um diesen nach dem entworfenen Plane zu bauen; sie hat daher um ein Darlehen sich an den Magistrat gewendet, und es steht bei der Wichtigkeit des Unternehmens für die Stadt zu erwarten, daß trotz der Erhöhung der Communalsteuer das Ansuchen dennoch bewilligt werden wird. — Auf der Coseler Straße hat ein der Tollwuth verdächtiger Hund einen Mann und ein Pferd gebissen, und wurde sofort erschossen. Die Obduction hat ergeben, daß er wirklich toll war und sind die gesetzlich vorgeschriebenen Polizeimaßregeln demzufolge in Kraft gesetzt worden.

Sprechsaal.

Weckruf an die Kreisphysiker.

Die Berliner klinische Wochenschrift Nr. 45, 1872, enthält einen Weckruf für die Kreis-Medicinalbeamten, den wir als thatsächlich und wahrheitsgemäß bezeichnen müssen. Es ist darin gesagt, daß schon mancher durch Alter oder Krankheit dienstunfähige Physikus nach langjähriger Dienstzeit am Hungertuche nagen mußte und die Familie nach seinem Tode in größter Armuth zurückblieb, so daß öffentliche Geldsammlungen für die Hinterbliebenen veranstaltet werden mußten, hierzu lieferten die letzten Jahre recht traurige Illustrationen. Daß durch die Gehaltserhöhung von 100 Thalern die Lage der Physiker nicht verbessert werden könne, liegt auf der Hand, wenngleich laut Gesetz vom 9. März c. den Medicinalbeamten für die Besorgung amtlicher Geschäfte theilweise höhere Gebühren bewilligt werden, indem der Werth dieser Gebührenerhöhung ein imaginärer ist, wenn es an amtlichen Commissionen mangelt oder wenn Ersparungsrücksichten dieselben unmöglich machen. Es liegt kein Grund vor, warum die Physiker den übrigen Beamten in Hinsicht ihres Gehaltes nicht gleichgestellt werden sollten, wenn man namentlich erwägt, wie viel Zeit sie auf die zahlreichen, unentgeltlich zu verrichtenden, theils practischen, theils schriftlichen Officialarbeiten verwenden müssen. Wir nennen u. A. die Wiederholungsprüfungen der Hebammen, Heildiener und Apothekerlehrlinge, die Protokolle darüber, die Revision der Materialwaarenhandlungen, die beständige Aufsicht über Apotheken und ärzliches Personal, die Quartal-Sanitätsberichte, General-Impflisten, Berichte über Veränderungen im Medicinal-Personal, über Militärverhältnisse der Aerzte, Gutachten über Anlagen von Kirchhöfen, Schlachthäusern, Fabriken, Berichte über Anordnungen zur Sicherung der bei gewerblichen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit, Berichte über Arbeitsunfähigkeit von Ortsarmen, theils wegen Unterstützung, theils wegen Befreiung von den Steuern, Atteste für invalide, arbeitsunfähige Soldaten, Atteste für Transportaten, Berichte über stattgehabte Untersuchung der verfälschten Nahrungsmittel Butter, Milch, Mehl cc., des trichinenverdächtigen Schweinefleisches cc. cc.

Jeder Unbefangene sieht, daß auch ein Gehalt von 300 Thaler höchstens als Kanzlei- und Schreibmaterialien-Gebühren angerechnet werden kann. Einen wirklichen Gehalt als Remuneration für ihre dem Staate geleisteten Dienste beziehen die Kreisphysiker nicht. Man denke nur an die Misère der Kreisphysiker während der Typhus-, Cholera- und Pocken-Epidemien!!

Die Physiker sind bis jetzt ruhig gewesen, sie haben alle Unbilden getragen und ohne Neid zugesehen, wie alle anderen Beamten in ihrer Existenz gesichert und verbessert wurden. Man wird es ihnen daher nicht verargen, wenn sie nunmehr auf dieselben Rechte Anspruch machen, welche allen anderen Staatsdienern zu Theil geworden sind.

Soll das Hohe Haus der Abgeordneten von der Masse von Arbeit und Zeitaufwand von der wahren Lage und Stellung der Medizinal-Beamten keine Kenntniß nehmen, um Hilfe zu schaffen? Soll man in der Petition an das Hohe Haus der Abgeordneten nicht betonen, daß es nothwendig sei, den Medizinal-Beamten volle amtliche Competenzen zu geben, sie besonders pensionsberechtigt zu machen? Sollen sie sich nicht selbst Hilfe schaffen, wie es die Gymnasial-Lehrer gethan, indem sie dem Hohen Hause der Abgeordneten ihre Lage offen und ohne Ziererei schildern? Deshalb ist es hohe Zeit, daß die Medizinal-Beamten aus ihrer Lethargie erwachen, oder von einer unzeitigen Prüderie sich lossagen und das Hohe Haus der Abgeordneten um das bitten, was nothwendig, recht und billig ist. Justus.

Subhastationen im December.

Reg.-Bez. Breslau.

Gr.-Heidau, Grundstück Nr. 20, Grundstücke 17b und 41b zu Leuthen, 11. Dec. 11½ Uhr, Kr.-Ger. Neumarkt.
Pogarth, Auenhaus Nr. 12, 16. Dec. 10 Uhr, Kr.-Ger. Strehlen.
Mittel-Tannhausen, Grundstück Nr. 137, 19. Dec. 10 Uhr, Kr.-Ger. Waldenburg.
Schmiegrode, Bauerngut Nr. 12a, 20. Dec. 11 Uhr, Kr.-Ger.-Deputation Trachenberg.
Herrnstadt, Wohnhaus Nr. 93, 13. Dec. 10 Uhr, Kr.-Ger.-Commission Herrnstadt.
Beschine, Bauerngut Nr. 8, 19. Dec. 4 Uhr Nachm, Kr.-Ger. Wohlau.
Floriansdorf, Ackerstück Nr. 38, 2. Dec. 9 Uhr, Kr.-Ger.-Commission Zobten.
Gr.-Perschnitz, Bauerngut Nr. 3, 21. Dec. 2 Uhr Nachm., Kr.-Ger. Militsch.
Minken, Stelle Nr. 114, Ackerstück Nr. 323, 21. Dec. 11 Uhr, Kr.-Ger. II. Abth. Ohlau.
Friedland, Haus Nr. 15|16, 10. Dec. 11 Uhr, Kr.-Ger.-Commission Friedland.
Schweidnitz, Parzellen Nr. 237, 18. Dec. 10 Uhr, Kr.-Ger. Schweidnitz.

Reg.-Bez. Liegnitz.

Görlitz, Grundstück Nr. 17 der Moltkestraße, 11. Dec. 9 Uhr, Kr.-Ger. Görlitz.
Grunau, Haus Nr. 51, 18. Dec. 11 Uhr, Kr.-Ger. Hirschberg.
Pansdorf, Grundstück Nr. 17, 6. Dec. 4 Uhr Nachm., Kr.-Ger. Liegnitz.
Hermsdorf, Stammgut Nr. 41 des Hypothekenbuches S. 481, B. I., 3. Dec. 10 Uhr, Kr.-Ger.-Comm. Ruhland.

Reg.-Bez. Oppeln.

Kl.-Gläsen und Schönau, Häuslerstelle Nr. 11 zu Kl.-Gläsen, Grundstück 442 zu Schönau, Miteigenthum am Grundstück Nr. 263 Schönau, 10. Dec. 10 Uhr, Kr.-Ger. Leobschütz.
Poln.-Leipe, Bauergut Nr. 15, 9. Dec. 10 Uhr, Kr.-Ger. Falkenberg.
Gleiwitz, Besitzung Nr. 32, 30. Dec. 9½ Uhr, Kr.-Ger. Gleiwitz.

[Londoner Colonialwaaren-Markt.] Mittwoch, 27. Novbr. Zucke ruhig, aber stetig. — Kaffee stramm. — Reis matt. — Thee und Jut ruhig.

Metalle: Kupfer fest, Chili Pfd. Sterl. 84, Walaroo Pfd. Sterl. 90. — Zinn: unregelmäßig und weichend, Straits Pfd. Sterl. 134 bis 132, Banca Pfd. Sterl. —. — Zink: stetig, Pfd. Sterl. 23—23, 10.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 29. 30.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	329‴,49	328‴,57	328‴,06
Luftwärme	+ 6°,3	+ 4°,8	+ 3°,8
Dunstdruck	2‴,54	2‴,60	2‴,43
Dunstsättigung	73 pCt.	85 pCt.	87 pCt.
Wind	W. 2	S. 1	S. 1
Wetter	wolkig.	trübe.	heiter.

Breslau, 30. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 9 Z. U.-P. 1 F. 1 Z.

Berlin, 29. Novbr. Die heutige Börse eröffnete in recht fester Stimmung, dieselbe schwächte sich jedoch bald ab und verlief der Verkehr in der zweiten Stunde in lustloser, fast matter Haltung. Für die Abschwächung erging man sich in allerhand Erklärungen, die aber mehr oder weniger sämmtlich nicht geeignet gewesen wären, auf die Börse einen derartigen Einfluß auszuüben. Wie es den Anschein gewann, stellte sich noch in letzter Stunde ein Stückenüberfluß in den Speculationswerthen heraus, der natürlich auf die Course derselben einen Druck ausüben mußte. Von hier verpflanzte sich die mattere Tendenz auch auf andere Gebiete. Die Umsätze in den Speculationswerthen waren zwar nicht unbedeutend, können aber andererseits auch nicht lebhaft genannt werden. Von österreichischen Bahnen wurden Galizier wiederum sehr rege umgesetzt, der etwas gestiegene Cours zog aber mehr Material an den Markt und konnte sich in Folge des stärkeren Angebots nicht voll behaupten. Oesterreichische Fonds waren recht belebt, besonders betheiligten sich 60er-Loose am Verkehr, aber auch in den Renten fanden belangreiche Umsätze statt. Für auswärtige Fonds hatte sich die Stimmung gebessert. Amerikaner fest und belebt, französische Rente höher. Italiener zu gestriger Notiz rege, Tabaks-Actien belebt und beliebt. Türken gaben nach. Russische Fonds zeigten sich in ziemlich fester Haltung, englische Anleihen waren auch gut belebt. In preu-

ßischen Staats-Effecten fand zu unveränderten Notirungen nur geringes Geschäft statt. Preußische Central-Boden-Credit-Briefe zu steigenden Coursen sehr lebhaft. Das Geschäft in Prioritäten blieb beschränkt, von preußischen gingen 5 pCt. in einigen Beträgen um, andere vernachlässigt. Russische matt, nur Russische Maschinen in guter Frage. Der Eisenbahnactien-Markt trug eine gedrückte Physiognomie, für schwere Actien war die Stimmung sogar eher matt. Leichte Bahnen behaupteten sich besser. Rechte Oderufer zogen an, Lüttich-Limburg gut begehrt, Nahe-Bahn aber stark angeboten und niedriger. Rumänen unverändert in regem Verkehr. Im Prämiengeschäft waltete das Angebot vor. In Bankactien war die Stimmung recht fest und für einige Devisen nahmen auch die Umsätze größere Dimensionen an. Sehr bedeutend war der Verkehr in preuß. Credit, Prov.-Disc., Disc.-Comm. und Wechselstuben. Ferner Schönbeimer, Jachmann, Meininger, Central-Genossenschaft beliebt, auch Handelsgesellschaft alte u. junge Actien, desgl. Gewerbeb. gut zu lassen. Baseler Bankv. 109½ bez. u. G., Dresd. Handelsb. 104¼ G., Hallesche Credit 102¾ bez. u. G., Wiener Arbitr. 122 bez. u. G. Industriepapiere fest und meist belebt, Centralbank für Bauten höher, Ostend recht lebhaft, Bochumer Gußstahl, Laura, sowie Rhein-Westf. Ind. steigend. Deutsche Stahl und Donnersmarck niedriger. Schlesische Kohlen 122½ Commerner 138—138¼ bez. u. G., Westf. Glas 102¼—3¼, Charlottenburger Baugef. 105¾ bez. u. G., Dortmunder Brauerei 78 B., Globus 105 bez. u. G., Möbel-Transport 102¾ bez. u. G., Schönfärb. (Thiele u. Seegers) 103¼ bez. u. G. (Bank- u. Hdl.-Ztg.)

S. **Stettin**, 29. Novbr. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: bewölkt. Temperatur + 6° R. Barometer 27" 11'". Wind: SW. — Weizen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 52—58 Thlr. bez., besserer 62—75 Thlr. bez., feiner 78—82 Thlr. bez., pr. November 83 Thlr. bez., pr. November-December 82½ Thlr. Br., pr. Frühjahr 82½—83 Thlr. bez., 82¾ Thlr. Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 82½ Thlr. — Roggen fester, loco gefragter, pr. 2000 Pfd. loco russ. 52—55¼ Thlr. bez., inländ. 53—56½ Thlr. bez., pr. November 56 Thlr. bez., pr. November-December u. December-Januar 55¼—½ Thlr. bez, Br. u. Gld., pr. Januar-Februar 55¼ Thlr. bez., pr. Frühjahr 56—56¾ Thlr. bez., 56¼ Thlr. Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 56 Thlr. bez. — Gerste fest, pr. 2000 Pfd. loco 50—57 Thlr. bez. — Hafer flau, pr. 2000 Pfd. loco 38—44½ Thlr. bez., pr. Frühjahr 45¼ Thlr. Br. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco 42—47 Thlr. bez., pr. Frühjahr Futter- 49¾ Thlr. bez. — Winterrübsen pr. 2000 Pfd. loco 96—100 Thlr. bez., pr. Septbr.-October 104 Thlr. bez., Br. u. Gld. — Rüböl still, pr. 200 Pfd. loco 23¼ Thlr. Br., pr. November, November-December u. December-Januar 22½ Thlr. Br., 22½ Thlr. Gd., pr. April-Mai 23¾ Thlr. Br., pr. September-October 24 Thlr. bez., Br. u. Gld. — Spiritus unverändert, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 18½, ⅛, ¼ Thlr. bez., pr. November 18⅛, ¼, ⅜, ⅛ Thlr. bez., pr. November-Decbr. 18⅛, ½ Thlr. bez. u. Br., pr. Frühjahr 18½ Thlr. bez. u. Br., 18½ G. — Petroleum loco 7⅛, ⅙ Thlr. bez., pr. Nov 7⅛, ⅙ Thlr. bez., pr. December 7⅛ Thlr. bez., pr. December-Januar 7⅛ Thlr. bez. u. Br., pr. Januar-Februar 7⅛ Thlr. Br.

Angemeldet: 2000 Ctr. Weizen, 3000 Ctr. Roggen, 100 Ctr. Rüböl, 10,000 Liter Spiritus, 100 Faß Petroleum.

Regulirungspreise: Weizen 83, Roggen 56, Rüböl 22½, Spiritus 18¾, Petroleum 7⅛ Thlr.

Posen, 29. November. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogr.) behauptet. Kündigungspreis 55. Gek. — Wspl., November 54¾ bez. u. Br., November-December 54¾ bez. u. Br., December-Januar 54¾ bez. u. Br., Januar-Februar 55¼ bez. Br. u. G., Frühjahr 55⅝ G., 55¾ Br., April-Mai 55½ G., 55¾ Br., Mai-Juni 56 Br. — Spiritus: (pro 10,000 Liter %) lauf. Monat höher bezahlt. Kündigungspreis 18. Gek. — Liter. November 17⅝—½—18—18½ bez., December 17¼ G., 17⅝ Br., Januar 17⅝ bez. u. G., Februar 17½ G., März 18 bez. u. G., April 18⅛ bez. u. G., Mai 18½ bez. u. G., Juni 18⅝ G., Juli 18⅝ bez. u. G.

Posener Markt-Bericht. Weizen: fest, pro 1050 Kilogramm feiner 92—96 Thlr., mittel 85—88 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: höher, pr. 1000 Kilogramm feiner 58—60 Thlr., mittel 55½—56½ Thlr., ordinär 53—54 Thlr. — Gerste niedriger, pr. 925 Kilogr. feine 47—49 Thlr., mittel und ordinär 44—45 Thlr. — Hafer: matter, pr. 625 Kilogr. feiner 28½—29½ Thlr., mittel u. defect 25—27 Thlr. — Erbsen: ohne Angebot, pro 1125 Kilogr., Koch-Erbsen 54—56 Thlr., Futter-Erbsen 48—50 Thlr. — Lupinen: offerirt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—34 Thlr., blaue 28—30 Thlr. — Wicken: pr. 1000 Kilogr. —, — Oelsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr., Rips — Thlr. — Leinsaamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogramm 78—82 Thlr. — Buchweizen: in feiner Waare begehrt, pr. 875 Kilogr. 46—50 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Regnerisch.

⊙ **Paris**, 27. Novbr. [Börse.] Mit der Aussicht auf die Herstellung einer parlamentarischen Mehrheit für Thiers ist auf der Börse der Muth wieder gewachsen. Die Course der Fonds hoben sich wieder ein klein wenig; das Geschäft war etwas belebter. Bank von Frankreich, seit einiger Zeit ein wahres Spielpapier geworden, gewann 45 Fr.

Berlin, 29. November. Weizen loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, weißbunter poln. 86 Thlr. bez., pr. November 82⅞ Thlr. bez., November-December 82¾—⅝ Thlr. bez., December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-Mai 82¼—⅝ Thlr. bez., Mai-Juni 82¼ Thlr. bez. — Roggen loco 55—60½ Thlr. gefordert, geringer alter 55 Thlr. ab Boden bez., exquisiter neuer 60⅜ Thlr. ab Bahn bez., pro November 57—¼ Thlr. bez., November-December 56¾—⅝—¾ Thlr. bez., December-Januar 56⅝—¾—⅝ Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-Mai 56¾—57—56¾ Thlr. bez., Mai-Juni 56⅝—¾—½ Thlr. bez. — Rüböl loco 23 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19 Thlr. 4—3 Sgr. bez., pro November 19 Thlr. 14—23 Sgr. bez., November-December 18 Thlr. 16—25 Sgr. bez., December-Januar — Thlr. — Sgr. bez., Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., Februar-März — Thlr. — Sgr., April-Mai 18 Thlr. 26—29—28 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 28—19 Sgr. bez.

---

* **Breslau**, 30. Novbr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war wenig belebt bei ausreichenden Zufuhren, Preise ohne Aenderung.

Weizen blieb nur in feinen Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7—9⅛ Thlr., gelber 7—8⅛ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen wenig verändert, pr. 100 Kilogr. 5⅞—6¼ Thlr., feinste Sorte 6¼ Thlr. bezahlt.

Gerste ruhiger, pr. 100 Kilogr. 5⅝—5⅞ Thlr., weiße 5¼—5½ Thlr.

Hafer preishaltend, pr. 100 Kilogr. 4⅛ bis 4⅜ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 4⅝—5⅛ Thlr.

Wicken höher, pr. 100 Kilogr. 4⅓—4¼ Thlr.

Lupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3⅝—3½ Thlr., blaue 3 bis 3¼ Thlr.

Bohnen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. schlesische 6—6¼ Thlr.

Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5⅛—5⅜ Thlr.

Oelsaaten in ruhiger Haltung,

Schlaglein mehr beachtet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	8	5 —	8	20 —	9	2 6
Winter-Raps	9	25 —	10	5 —	10	10 —
Winter-Rübsen	9	10 —	9	25 —	10	3 —
Sommer-Rübsen	9	7 —	9	20 —	10	3 —
Leindotter	7	— —	8	— —	8	20 —

Rapskuchen wenig verändert, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen mehr beachtet, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat schwach zugeführt, rothe 14—16⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee blieb gut gefragt, 8½—10⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Bern, 29. Nov. Die Direction der französischen Ostbahn hat jetzt auf alle ihre Rechte an den Bahnhof in der Stadt Basel und an die Verbindungsbahn bis zur elsässischen Grenze verzichtet.

Versailles, 29. Nov., Abends. Die Nationalversammlung discutirte die Anträge der Commission Kerdrel's. Thiers stellt am Schlusse einer längeren Rede die Vertrauensfrage, worauf der Regierungsantrag (Dufaure) von der Niedersetzung einer dreißiggliedrigen Commission zur gleichzeitigen Berathung des Gesetzentwurfes über die Ministerverantwortlichkeit und das Maß der Regierungsgewalt mit 370 gegen 334 Stimmen angenommen wird.

Madrid, 28. Nov. Die Regierung hat die Garnison von Saragossa mit Rücksicht auf die dort herrschende Gährung verstärkt und alle Maßregeln zur Unterdrückung eines etwaigen Aufstandes ergriffen. An verschiedenen Orten ist die Telegraphenleitung unterbrochen, besonders zwischen Valencia, Murcia und Carthagena. Die Truppen gehen überall mit Energie gegen die Insurgenten vor.

New-York, 28. Nov. Horace Greeley ist bedenklich erkrankt.

Berliner Börse vom 29. November 1872.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	5	140½ bz.
do. do.	2 M.	5	139 bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	3	148⅞ bz.
do. do.	2 M.	3	147¾ bz.
London 1 Lst. . .	3 M.	7	6.21¼ bz.
Paris 300 Frcs. .	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl. . .	8 T.	6	92 bz.
do. do. . .	2 M.	6	91⅜ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56.18 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5⅓	99¾ G.
do. do.	2 M.	4⅓	— —
Frankf.a.M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	6⅓	89¼ bz
Warschau 90 SR.	8 T.	6	82¼ bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Nordd. Bundes Anl. .	5	— —	
Freiw. Staats-Anleihe	4½	101 bz.	
Staats-Anleihe v. 1859	5	— —	
dito 1854/55	4½	101 bz	
dito 1856/57/59/64	4½	101 bz.	
dito 1867/68	4½	101 bz.	
dito consolid.	4½	102⅜ G.	
dito 1850/52	4	94⅜ bz.	
dito 1853	4	94⅜ bz.	
dito 1862	4	94⅜ bz.	
dito 1868	4	94⅜ bz.	
Staats-Schuldscheine	3½	89¼ G.	
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	124⅜ G.	
Berliner Stadt-Oblig..	4½	100 bz.	
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	95 bz.	
Kur- u. Neumärk. Pfandbriefe	4½	99 B.	
Berliner	5	102 B.	
Central-Boden-Cr.	5	100⅜ bz.	
do. Unkündb.	5	100⅜ bz.	
Pommersche. . . .	3½	82½ bz G.	
Posensche	4	90¼ bz.	
Preussische	3½	83⅛ G.	
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	96 G.	
Pommersche. . . .	4	95½ bz.G.	
Posensche	4	93¾ G.	
Preussische	4	94½ G	
Westfäl. u. Rhein.	4	97¼ G.	
Sächsische	4	95¼ bz.	
Schlesische.	4	94⅛ G.	

Kurh. 40 Thlr.-Loose 72½ B.
Oldenburger Loose 37½ B.

Louisd'or — —		Dollars 1.11½ G.	
Sovereigns 6.23¾ G		FrmdBkn. 99¾ bz.	
Napoleons 5.11½ bz.		Oest. Bkn. 92⅜ bz.	
Imperials 5.16½ G.		Russ. Bkn. 82¼ bz	

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente . . .	4⅛	64⅞ bz	
do. Papierrente. . .	4⅛	61¼ bz.	
do. Lott.-Anl. v. 60	5	95¾ bz.B.	
do. 54er Präm.-Anl.	4	94½ G.	
do. Credit-Loose . .	—	120½ bz.	
do. 64er Loose . . .	—	98 et bz B.	
do. Silberpfandbr. .	5½	83¾ B.	
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	92⅜ G.	
Wiener Silberpfandbr.	5½	88⅜ bz.B.	
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	128⅜ bz.	
do. do. 1866	5	126½ bz.G.	
do. Bod.-Cred.-Pfb..	5	91⅜ bz.G.	
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75½ bz.G.	
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	76½ B.	
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	64¼ bz.G.	
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97 bz.	
do. do. p. 1885	6	98¼ bz.	
do. 5% Anleihe.	5	95⅜ bz.	
Badische Präm.-Anl..	4	110 B.	
Baiersche 4% Anleihe	4	111½ bz.	
Französische Rente .	5	82⅜ bz.G.	
Ital. neue 5% Anleihe	5	65½ à ⅜ bz.	
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	93½ bz.	
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	82¼ et bz.G.	
Rumänische Anleihe.	8	—	kl. 96⅞ [B.
Türkische Anleihe . .	5	52 bz.	

Badische 35 Fl.-Loose 38¼ et bz.
Braunschw. Präm.-Anl. 22⅞ bz.B.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9¼ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II..	4½	98 bz.G.	
do. III. v. St. 3½ g.	3½	81¾ G.	
do. do. VI.	4½	96¾ et bz.G.	
do. Nordbahn	5	101½ G.	
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	— —	
do. do. G.	4½	— —	
do. do. H.	4½	— —	
Cöln-Minden . . . III.	4	88¼ G.	
do. do. do.	4½	99 G	
do. do. IV.	4	89 bz.G.	
do. do. V.	4	88¼ G.	
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	— —	
do. do. III.	4½	— —	
do. do. IV.	4½	— —	
do. do.	5	102¼ G.	
Märkisch-Posener . . .	5	— —	
Ndrschl.-Märkische . .	4	91¾ B.	
do. do. III.	4	90 G.	
do. do. IV.	4½	101 G.	
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	100½ G	
do. do. D.	5	100½ G.	
Oberschles. A.	4	— —	
do. B.	3½	— —	
do. C.	4	89 G.	
do. E.	3½	81 G.	
do. F.	4½	98½ G.	
do. G.	4½	98 G.	
do. H.	4½	98½ G.	
do.	5	101¼ G	
do. Brieg-Neisse.	4½	—	
Ostpreuss. Südbahn .	5	101 G.	
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	101½ G.	
Schlesw. Eisenbahn .	4½	95⅞ bz.	
Stargard-Posen III. Em.	4½	98 G.	
Lemberg-Czernowitz .	5	67¾ B.	
do. do. II.	5	77¾ bz.G.	
do. do. III.	5	68⅝ bz.	
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	92⅞ bz.	
do. do. neue	5	90½ B.	
Kaschau-Oderberg . .	5	85 bz.G.	
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	85⅜ bz.	
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	82½ et bz.B.	
Oesterr.-Französische	3	290 B.	
do. do. neue	3	277 et bz G.	
do. südl. Staatsbhn.	3	251⅛ bz.G.	
do. neue	3	249½ bz.	
do. Obligationen . .	5	85⅝ bz.	
Chemnitz-Komotau . .	5	91 bz.B.	
Prag-Dux	5	84¾ B.	
Dux-Bodenbach	5	85¼ bz.B.	
Rockford Rock Island	7	33 bz.	
Ung. Nordostbahn . .	5	78⅜ bz.	
Ung. Ostbahn	5	69¾ bz.	
Warschau-Wien II. . .	5	94¼ bz.	
do III.	5	94 bz.	

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1870	1871	Zf.	
Aachen-Mastricht	8/5	8/5	4	47 bz
Berg.-Märkische .	8	7½	4	137¼ bz.
Berlin-Anhalt. . .	16	18¼	4	224 bzG.
Berlin-Görlitz. . .	1	0	4	106¼ bz.
Berlin-Hamburg .	10	10¾	4	238 oz. B.
Berl.-Potsd.-Magd.	20	14	4	159½ bzG.
Berlin-Stettin . .	9⅛	11⅝	4	186⅞ bz B.
Böhm. Westbahn	7⅛	8⅛	5	110⅛ bz.G.
Breslau-Freib. . .	7⅛	9⅛	5	132½ et bzG.
do. neue	—	—	5	118 bz.
Cöln-Minden . . .	10½	11⅛	4	174¾ bz.
do. do. neue	5	5	5	113 et bz
Dux-Bodenbach B.	—	5	5	66½ et bzG
Gal. C.-Ludw.-B .	8	8½	5	108⅝-8 bz.
Halle-Sorau Guben	4	4	4	65 bz. B.
Hannover-Altenb.	5	5	5	78¾ bz.
Kaschau-Oderberg	5	5	5	87⅛ bz.
Kronpr.-Rudolfb .	5	5	5	79⅞ bz G.
Ludwigsh.-Bexb.	9⅗	11¾	4	199 et bz. G
Märk.-Posener . .	2	0	4	54 bz.
Magdeb.-Halberst.	8⅜	8½	4	137 bz. G.
Magdeb.-Leipzig .	12	16	4	274½ et bzG.
do. Lit. B.	4	4	4	99½ bz
Mainz-Ludwigshaf.	9½	11	4	184 bz.
Ndrschl.-Märk. . .	4	4	4	94¾ bz
Ndrschl.-Zweigb..	6	5	4	111⅛ bz. G.
Oberschles. A. u. C.	12⅜	13⅜	3½	231⅞ bz.
do. B. . .	12⅞	13⅞	3½	209 bz
Oestr.-Fr.-St.-B. .	12	12	5	Dec 210½-¼
Oester.-Nordwestb	5	5	5	134 bz. G [bz
Oestr. südl. St.-B.	3	4	5	Dc 124¼-3¾
Ostpreuss. Südb..	0	0	4	43 bz. G [bz
Rechte O.-U.-Bahn	4	3	5	134⅜ bz.
Reichenberg-Pard.	4⅔	4⅔	4½	79¾ bz.
Rheinische	8⅖	10	4	174½ bz.
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	46¾ bz.
Rumän. Eisenb.	—	5⅛	5	45½ bz.
Schweiz. Westbahn	2/5	2	4	50⅝ bz B.
Stargard-Posener	3¼½	4½	4½	100 G.
Thüringer	9	10½	4	155⅞ bz
Warschau-Wien .	12	12	5	89⅛ et bzG.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer .	5	5	5	104½ bz G.
Berlin Nordbahn	—	—	5	72 bzG
Breslau-Warschau	5	5	5	67 bz. B.
Halle-Sorau Guben	5	5	5	83½ bz. G.
Hannover-Altenb.	5	5	5	90¼ bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	—	—	5	90¾ bz G.
Märk.-Posener . .	5	0	5	79¾ bz. G.
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	83⅜ bz.
Ostpr. Südbahn .	0	0	5	67½ G.
Rechte O.-U.-Bahn	5	5	5	133½ et bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	—	5	140¾ bz.
Berliner Bank . .	—	15	4	130¾ bz. G.
Berl. Bankverein	—	16	5	169¾ bz. G.
Berl. Kassen-Ver.	12	12⅘	4	300 B.
Berlin. Hand.-Ges.	9	12½	4	198¾ bzB.
Berl. Lombard-Bk.	—	5	5	96 B.
Berl. Makler-Bank	—	25⅜	4	119½ bz G.
Berl. Prod.-Makl-B.	—	—	5	103¾ bz. G.
Berl. Wechslerbnk.	—	12½	5	72½ bzG.
Braunschw. Bank	8½	8½	4	129 bz G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	8	13	4	141⅜ bz
do. neue	—	—	4	132½ bzB
Bresl. Handels-Ges.	—	—	—	— —
Bresl. Maklerbank	—	—	5	176¾ B
Bresl Makl-Ver-Bk	—	—	5	145¾ B.
BrProv Wechsler B.	—	—	5	123 B.
Brsl. Wechslerbnk.	—	12	4	147½ bz. B.
Centr.-Bk. f. Genos.	—	12	4	148⅜ bz.
Coburger Cred.-Bk.	5½	10¼	4	114⅞ bz.
Danziger Priv.-Bk.	6½	7	4	116½ G.
Darmst. Creditb..	10	15	4	224½ bz. G.
Darmst. Zettelbank	6¾	8	4	119¾ bz. G.
Dessauer	0	—	fr.	14½ bz. G.
Deutsche Bank .	5	8	4	116¼ bz. G.
Deutsche Unionsbk	—	11½	4	117⅛ bz.
Disc.-Com.-A.. . .	13	24	4	350 bz. B.
Genfer Bank . . .	0	—	fr.	6⅞ G.
Genossensch.-Bnk.	6⅘	10¾	4	151½ G.
do. junge	—	—	4	143¾ G.
Gewb. Schustern. C.	7	10⅜	4	153 bz G.
Goth. Grundcred.-B	8¼	9	4	117½ bz.
Hamb. Nordd.-Bk.	11⅛	12⅗	4	190½ bz B.
do. Vereins-Bk.	11¼	11¼	4	126 bz. G.
Hannover'sche do.	5⅕	5⅘	4	114½ bz G.
Königsberger do.	—	11	4	108½ G
do. junge	—	—	4	104½ B.
Landw.-B. Kwileck	14	—	5	— —
do. junge	—	—	5	— —
Leipz. Credit-Bnk.	8½	11	4	135½ bz. G.
Luxemburger do.	10	12	4	161½ bz G
Magdeburger do.	6¼₀	5⅘	4	107 G.
Meininger do.	10	12	4	167¼ bz. G.
Moldauer Lds.-Bk.	5½	6	4	— —
Ndrschl. Cassenver.	10	12	5	132 et bz. B.
Nordd. Grundcr.-B	4	8	4	122¾ bz.G.
Oberlausitzer Bnk.	—	10¾	4	110¼ bz
Oest. Credit-Actien	14⅛	17½	4	216¾-½ bz
Ostdeutsche Bank	—	—	4	112 bz G.
Ostd Producten-Bk	—	—	5	94 et bz.
Posener Bank . .	7⅛	6⅘	4	113 G.
Preuss. Bank-Act.	11⅘	12⅗	4½	227 bz.
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	8¼	14	4	285¾ bz. G
Pr. Central-Bod. Cr.	7	9½	5	132¾-3¼ bG
Prov-Wechsler-Bk	—	—	5	— —
Sächs. B. 60% l. S.	9	10	4	188¼ bz G.
Sächs. Cred.-Bank	—	11	4	148¾ bz G.
Schles. Bank-Ver.	8	12	4	178 bz. B.
Thüringer Bank .	5	9	4	145 bz. B.
Ver.-Bk. Quistorp.	8	15	5	195⅞ bz G.
Weimar. Bank . .	5½	7	4	127½ bz. G.
Wiener Unionbank	—	—	5	172⅝ bz.
Berl. Eisenb. Bed-A	14	10½	5	190 bz.
Görlitzer do.	6	0	5	87¼ bz. G.
Oberschles. do.	—	6	5	166½ bz. G.
Märk. Schl Masch-G	—	—	5	76 bz.
Nordd. Papierfabr.	—	8⅛₀	5	98 bz.G.
Westend, Comm-G.	9	16	5	207 et bz.
Bresl. Bierbrauerei	—	—	5	80 B.
Bresl. E-Wagenbau	—	7	5	100 B.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	—	—	— —
S. Act. Br. (Scholtz)	—	9	5	85⅝ G.
Schl. Leinenindust.	—	—	5	95¾ bz. G.
Schl. Tuchfabrik	—	—	5	106½ bz. G.
do. Wagenb. Anst.	9½	—	5	113¾ bz.G.
Königs- u. Laurah.	—	—	5	88 B.
Marienhütte. . . .	—	12¼	5	243 bz G.
Minerva	—	—	5	123 bzG.
Redenhütte	0	—	5	64¾ G.
Schles. Zinkh.-Act.	4½	6	5	129¾ et bzG.
do. St.-Pr.-Act.	4½	6	5	116 bz
Tarnowitz. Bergb.	5	9	4½	115⅞ bz. B
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	293 oz. B.
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	fr.	101¾ G.
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	101 G.
Meininger Präm Pfb	—	—	5	104½ bz.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	101/5	12	4	93⅞ B.
Schles. Feuervers.	12¼	20	4	120¼ B.

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 29. November, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 52, 87½. Anleihe de 1871 83, 35. Anleihe de 1872 85, 92½. Italienische 5proc. Rente 67, 85, dto. Tabaks-Oblig. 878, 75. Franzosen (gestplt.) 802, 50. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien —, —. do. neue —. Oesterr. Nordwestbahn 520, —. Lombard. Eisenbahn-Actien 466, 25, do. Prioritäten 259, 00. Türken de 1865 55, 00. do. de 1869 322, 50. Türkenloose 183, 75. Neueste türkische Loose —, —. 6procent. Ver. St. pr. 1882 (ungest.) —, —. Goldagio —. — Träge. Franz.-österr.-ungar. Bank 585.

London, 29. November, Nachmittags 4 Uhr. Consols 92⅞. Spanier —. Italien. 5procent. Rente 66, 07. Lombarden 18, 05. Mexikaner — — 5procent. Russen de 1862 92¼. 5procent. Russen de 1864 95¼. Silber 59, 09. Nordd. Schatzscheine —, —. Französische Anleihe Morgan —, —. Türk Anleihe de 1865 53, 11. 6procent. Türk. Anleihe de 1869 63, 01. 5proc. Verein. St. pr. 1882 90½. Platzdiscont — pCt.

Frankfurt a. M., 29. November, Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel 107¼. Franzosen alte 368¾. do. neue 270¾. Hess. Ludwigsbahn 183. Böhm. Westbahn 258. Lombarden 218¼. Galizier 253¾. Elisabethbahn 268½. Nordwestbahn 236. Elbthal —, —. Gotthardbahn 104¾. Oberhessen 78. Albrechtsb.-Actien . do. Prioritäten —, —. Oregon 49¾. Creditactien 368½. Baier. Präm.-Anl. 112. do. Militär-Anleihe 100¾. Neue Badische 102¾. Russische Bodencredit 91¾. Neue Russen 89⅞. Türken 51½. Silberrente 65. Papierrente 61¾. Minden-Loose 95¼. 1860er Loose 95⅞. 1864er Loose 164¼. Ungarische Anleihe —, —. Ungarische Loose —. Raab-Grazer Loose 83. Bundesanleihe 100¼. Amerikaner de 1882 96⅞. Darmst. Bankactien 560¾. Meininger Bank 165. do. neue 158. Schuster Gewerbebank —. Deutsch-österr. Bank 132. Italienisch-deutsche Bank. Franz.-ital. Bank —. Central-Pfandbriefe —, —. Prov.-Disconto-Ges. 185. Brüsseler Bank 121⅞. Berl. Bankver. 169⅛. Frankf. Bankver. 170⅞. do. Wechslerbank 113¾. Centralbank 122½. Engl. Wechslerbank 56. Baltischport —. Newyorker 6procent. Anleihe —. South Eastern —. Cont.-Eisenbahnb. 119¼. Hahn Effectenbank 137½. Wiener Unionbank. Frankf. Baubank 107½. — Des Bußtages wegen heute keine Börse. — Fest. Rjäsyst-Wjäma-Eisenb. 88⅝. Franz.-österr.-ung. Bank 114.

Hamburg, 29. November, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler 149. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 98. Silberrente 65½. Oesterr. Credit-Actien *) 317½. Oesterr. 1860er Loose 96¼. Franzosen *) 787½. Raab-Grazer Loose 84½. Lomb. *) 464. Ital. Rente 65½. Vereins-Bank 128½. Hahn'sche